

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 Mtl., monatlich 1.10 Mtl., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustriertem Sonntagsheft. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mtl. pro Monat. Bestellungen in die Postanstalten. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mtl., für das übrige Ausland 4 Mtl. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelet Hagla.

#### Die Interlions-Gebühr

Beträgt für die hochgelehrte Anwaltschaft über deren Raum 60 Pf. für deutsche und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungsbüros 30 Pf. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweiwöchige Zeitdauer), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, 13. September, abends 8 Uhr,

nach dem Guttenfischen Garten in Würzburg, Birchowstr. 2, ein.

Die Eröffnung und die Konstituierung des Parteitages werden am 13. September stattfinden.

Die Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung soll am Montag, den 14. September, zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes:
  - a) Allgemeines. Referent: J. Juch.
  - b) Kassenbericht. Referent: D. Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission. Referent: B. Sed.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. Referent: E. Vogtherr.
4. Militärstaat und Demokratie. Referent: Dr. Lensch.
5. Wirtschaftspolitik und Koalitionsrechtshöhe. Referent: G. Mollenhuth.
6. Bericht vom Internationalen Kongress in Wien. Referent: G. Haase.
7. Anträge.
8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der Parteitag 1915 stattfinden soll.

Parteigenossen! Bewirkt die Vorarbeiten für den Parteitag — die Wahl von Delegierten und die Stellung von Anträgen — rechtzeitig. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll nach § 7 des Organisationsstatuts unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein.

Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 15. August im Besitze des Parteivorstandes, Adresse:

W. Pfannkuch, Berlin SW 68, Lindenstr. 3,

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 10 Abs. 2 des Organisationsstatuts im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Begründungen werden weder im „Vorwärts“ noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage abgedruckt.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können. Außerdem müssen sich die Delegierten beim Lokalkomitee melden. Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

J. Schäfer, Würzburg, Semmelstraße 46, 1.

Die Mandatsformulare werden vom 15. August ab durch das Parteibureau versandt.

Mit sozialdemokratischen Grüßen  
Der Parteivorstand.

## Militarismus und Demokratie.

I.

Es wäre schon Arbeit genug, wenn unser Kampf gegen den Militarismus seine Spitze fände in dem Kampfe gegen die Militärministerhandlungen. Dem ist aber keineswegs so. Die Soldatenschilderungen bilden nur ein „administratives Beiwerk“ des Ganzen, unser Frontalangriff richtet sich gegen die Stellung, die das Heerwesen in unserem gesamten Staatsleben einnimmt. Doch das ist schon ungenau ausgedrückt. In Wahrheit steht die Armee nicht in, sondern neben unserem Staatsleben, sie ist ein Fremdkörper, der sein Leben nach eigenen Gesetzen zu führen sucht und dessen Glieder man systematisch von jeder Berührung mit dem Staatsleben fernzuhalten sich abmüht.

Aber ist das nicht zu viel gesagt? Beruht nicht das Heer auf dem Gesetz? Muß nicht jeder Hosenknopf im Etat bewilligt werden? Und haben wir nicht jahraus, jahrein lange Militärdebatten im Reichstage? Gewiß! Die Kosten muß der Steuerzahler tragen, das überläßt man ihm sogar sehr gerne, bloß zu sagen hat er nichts. In der Tat: der Einfluß, den das Parlament auf die Heeresverwaltung ausübt, ist überaus bescheiden, er findet im allgemeinen dort seine Grenzen, wo der gute Wille der Heeresverwaltung seine Grenzen findet. Daß diese Grenzen immer enger gezogen werden, daß der Beeinflussung durch das Parlament jetzt auch Gebiete entzogen sind,

die ihr früher unterworfen waren und dem Gesetz nach auch unterworfen sein sollen, das geht mit besonderer Deutlichkeit aus der verfassungswidrigen Stellung hervor, die sich das Militärkabinett zu erobern verstanden hat. Wer sich hierüber sachgemäß unterrichten will, dem sei der lehrreiche, wenn auch nicht kurzweilige Wälzer empfohlen, den der Freiherr Marschall v. Bieberstein über dieses Thema geschrieben hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß der gegenwärtige Zustand in jeder Hinsicht rechtswidrig sei, so daß wir uns eigentlich im ewigen Staatsstreich befinden. Im Reichstage hat man mahnend gegen diesen Zustand protestiert, die Kriegsminister aber haben die Volksvertretung ausgelacht oder, wie Herr v. Falkenhayn neulich, ihr einfach erklärt: Ich bin der Kriegsminister des Königs von Preußen und aus Eurem „Bussi“ wird ja kein Schw—an daraus flug! Das Parlament hat diese jahrelange, stets steigende Verraubung seiner Rechte mit angesehen und ruhig Militärvorlage auf Militärvorlage bewilligt.

In der Tat ist auf keinem Gebiete unseres öffentlichen Lebens die Unfertigkeit aller verfassungswidrigen Verhältnisse so mit Händen greifbar, wie beim Heer. Der Praefat nach ist es ein Volksherr, in Wahrheit ist es, oder soll es wenigstens sein, ein willenloses Instrument des Absolutismus. Daß das möglich ist, ergibt sich aus dem Charakter des Offizierskorps. „Der Geist der preussischen Armee sitzt in deren Offizieren“, sagte der preussische General Kuchel, einer der Helden von Jena, den Clausewitz einmal eine aus lauter Preußentum gezogene konzentrierte Säure nennt. Bei Jena hat sich dann gezeigt, wie der „Geist der preussischen Armee“ aussah. Aber auch heute noch gilt der Satz des alten Kuchel, oder vielmehr, er gilt heute wieder; denn zwischen Jena und heute gab es in Preußen eine Zeit, wo der Geist der Armee nicht in „deren Offizier“, d. h. den Junkern, saß, wo Preußen eine Armee hatte, deren Grundstock die Landwehr war, die nach den Absichten des preussischen Kriegsministers von Boyen, des großen Schülers Scharnhorsts, ihren Halt weniger in der militärischen Disziplin, als in der staatsbürgerlichen Gesinnung haben sollte. Diese Heeresorganisation, die in den Stürmen des Freiheitskrieges und der ihm folgenden Kriegsgefahren dem preussischen Könige abgezwungen wurde, brach im Grunde genommen an der Tatsache zusammen, daß es in Preußen keine Staatsbürger mit staatsbürgerlicher Gesinnung, sondern nur Untertanen gab und geben sollte, Objekte der Staatsverwaltung, die sich um den Staat überhaupt nicht zu kümmern haben. Wilhelm I. ist es dann, der Anfang der sechziger Jahre dieses auf dem Volksherr beruhende Wehrsystem zertrümmert und an seine Stelle das noch heute herrschende System gesetzt hat. Er wollte und schaffte ein Soldatenheer an Stelle des Bürgerheeres, das Boyen hatte schaffen wollen. Für ihn gab es in aller Weltgeschichte nichts anderes als den Standpunkt des preussischen Feldwebels. Er kannte keinen preussischen Staat, er kannte nur eine preussische Kaserne, und in seinem dumpfen Hirn nistete die Angst vor der Revolution. In seiner Studie Der Gedanke des Volksherr in deutschen Staatsrecht schreibt der Privatdozent Dr. Wolzendorf darüber:

Er (Wilhelm I.) glaubte, durch längeres Exerzieren der Truppe einen zuverlässigeren Geist einflößen zu können, als den freier Staatsgesinnung: Das unbewegliche Pflicht- und Gehorsamsgefühl des Soldaten. Und hierin liegt allerdings doch wieder, vom nationalhistorischen Standpunkt aus gesehen, die ganze Auffassung des absoluten Staates: Alles im Staate muß von dessen Oberhaupt herkommen, auch die für den Staat notwendige Gesinnung kann nur von ihm geschaffen werden. Wie der absolute Staat das geistige Leben der Untertanen schlechthin regulieren zu müssen glaubte, so hält es der Staat noch jetzt für seine Aufgabe, autoritativ der Gesinnung des Vaterlandsvaterbürgers bestimmte Form und Richtung zu geben.

Und so geschah's. Mit dem „längeren Exerzieren“ zog das System das Soldatensindens wieder ein in die preussischen Kasernen, aus denen es, wenn auch nie verschwunden, so doch etwas zurückgetreten war. Das öde Binsen erhielt jetzt einen politischen Zweck. Nicht aus militärischen, sondern aus politisch-reaktionären Gründen wurde jetzt ein Uebermaß von Exerzieren eingeführt: es galt, an die Stelle der freien Staatsgesinnung den Kadavergehorsam den Soldaten einzupumpen, und die Boden, die bei diesem Zerpflanzungsprozess am Leibe der Mannschaften aufgingen, bedeckten häufig mit allen Farben des Regenbogens die Körper der unglücklichen Opfer. Die Sprüche der damaligen Kriegserichter lösten heute noch Entsetzen ein durch ihre wahre Bestialität, wohlgerneht, wenn es gegen die „Gemeinen“ ging, während die Urteile gegen Offiziere dafür von einer ebenso empörenden Milde waren. Im Deutsch-Französischen Kriege regnete es zahllose schwere Verurteilungen deutscher Soldaten wegen „Neuterei“ oder Ungehorsam, während beispielsweise das Militär-Wochenblatt im Jahre 1875 bei Besprechung der Memoiren des Generals Sherman den nordamerikanischen Milizen aus der Zeit des Unionskrieges folgendes Lob spendete: „Werkwürdig ist es, daß dieser lange Krieg keine Beispiele von großen Soldatenaufständen und Neutereien und verhältnismäßig wenig von Ungehorsam zeigte.“ Wenn es 1870 trotzdem gelang, mit einem solchen Heere unerhörte militärische Erfolge zu erringen, so daher, weil dieser Krieg von der großen Mehrzahl des Volkes mit Begeisterung begrüßt war, und die größten Opfer und Entbehrungen willig getragen wurden. Wilhelm selber hatte für derartige Dinge

nie das geringste Verständnis gehabt, er war eine nüchternplatte Kasernennatur wie sein Vater, wie er denn bei der Szene im Juli 1870, als er dem ihn umtosenen Volkjubel mit absoluter Verständnislosigkeit entgegenlachte, eine ähnliche Rolle spielte wie sein kümmerlicher Vater im März 1813, als ihn zu Breslau die Kriegsfreiwilligen umdrängten und Stein damals von ihm schrieb: Der König ist kalt, er hat nur halbe Wünsche; er hat weder zu sich noch zu seinem Volke Vertrauen.

## Gegen die politische Justiz.

In scharfer Weise nimmt die „Frankfurter Zeitung“ Stellung gegen die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Strafprozesse, von der sie nur eines erwartet, der Aufrechterhaltung der radikalsten Instinkte der Arbeiterschaft. Als Beweis für die „Gewalttätigkeit dieser ganzen Verfolgungsmethode“ führt die „Frankfurter Zeitung“ zunächst das Verfahren gegen die Aufforderung zum Massenstreik an. Sie schreibt:

Ueber die Opportunität oder Klugheit einer solchen Agitation mag man sehr ungünstig urteilen; imübrigen aber darin eine strafbare Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze liegen soll, ist bis auf weiteres ein Geheimnis der Anklagebehörde. Der Streit ist in Deutschland erlaubt, ganz gleich, ob er von kleineren oder größeren Massen, zu rein wirtschaftlichen oder zu anderen Zwecken unternommen wird, und deshalb kann auch die Propaganda eines Streiks keine Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt sein. Es wird der Staatsanwaltschaft auch nicht gelingen, auf Umwegen aus der Aufforderung zum Massenstreik eine solche Widersehlichkeit abzuleiten. Man hat Frau Luge mburg, als sie zur Vernehmung erschien, vorgehalten, daß die Empfehlung des Massenstreiks die Aufforderung zum Kontraktbruch involvierte und daß ein Massenstreik in seinem Verlauf leicht zu Gesetzwidrigkeiten führen werde. Das zweite Argument muß von vornherein ausscheiden; denn wenn jemand zu einer gesetzlich erlaubten Aktion auffordert, so kann er nicht ohne weiteres für die gesetzwidrigen Begleiterscheinungen verantwortlich gemacht werden, die mit der Ausführung der Aktion mittelbarermaßen verbunden sein können. Was aber den Kontraktbruch anlangt, so ist es zunächst gar nicht notwendig, daß die Propaganda für den Massenstreik überhaupt eine Aufforderung zum Kontraktbruch in sich schließt; selbst wenn sie sie aber enthält, so ist auch damit der Tatbestand des Strafgesetzbuchs nicht erfüllt. Der § 110 des Strafgesetzbuchs setzt eine Aufforderung zum „Ungehorsam gegen Gesetze“ voraus; ein solcher Ungehorsam ist aber nach allgemeiner Auffassung nicht in jedem rechtswidrigen Verhalten zu finden. Wenn jemand in einem Zivilprozeß einen privatrechtlichen Anspruch vertreten hat, mit dem er unterliegt, so ist er deshalb noch nicht „ungehorsam“ gegen das Gesetz gewesen. Prof. Frank gelangt in seinem besagten Kommentar zu dem Ergebnis, „daß der Staat im Gesetz nur dann Gehorsam fordert, wenn er aus eigener Initiative gegen den widerstrebenden Willen reagiert; überläßt er dagegen die Reaktion der Privatinitiative, so fordert er auch keinen Gehorsam.“ Und er folgert aus diesem allgemeinen Satz ausdrücklich, daß die Aufforderung zu einem den Zivilgesetzen widersprechenden Verhalten, besonders die Aufforderung zum Kontraktbruch, nicht strafbar sei. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts geht nicht ganz so weit, aber auch sie hält die Aufforderung zu einem konkreten Kontraktbruch nicht für strafbar; sie hält für notwendig, daß zu einem Ungehorsam gegen das Gesetz tatsächlich, gegen seine Autorität und bindende Kraft aufgefordert sein müsse. Danach würde es also strafbar sein, wenn etwa ein Versammlungsredner erklärte: Partei euch überhaupt an keine Kundgebung mehr! Die Empfehlung des Massenstreiks enthält aber eine dergleichen Aufforderung nicht.

Dann wendet sich das Blatt dem „so kläglich zusammengebrochenen Prozeß wegen der Beleidigung der Armee“ zu: „Der Kriegsminister ist durch den Verlauf der Verhandlungen dieser Woche offenbar überreift worden; so willig wie ein Kriegserichter, wenn es über einen Obersten v. Reuter zu urteilen und die übergeordnete Stellung des Heeres über dem Staat zu retten hat, kann ein bürgerliches Gericht auf die Intentionen einer hohen Regierung allerdings nicht eingehen, und so geschah es, daß das Gericht eine Beweisaufnahme beschloß, deren Notwendigkeit der Kriegsminister, wie er erklärt, nicht einzusehen vermog, und daß auch der seltsamen Deutung des Wortes „Drama“, an die sich die Staatsanwaltschaft zu klammern vermag, kein durchschlagender Erfolg beschieden war. . . . Was ist Drama? Die Anklage stützte in die Begreiflichkeit des Hintertreppentamans, für die ein Drama erst beim Raed oder höchstens beim Selbstmord beginnt, und sie wollte den Raskab solcher Koldortagephantasie an eine ernsthafte politische Betrachtung anlegen. Es war bescheiden, daß dieser Versuch gemacht wurde, und selbstverständlich, daß er scheitern mußte. Nachdem er gescheitert war und nachdem die Verteidigung eine Liste von über tausend Zeugen dem Gericht vorgelegt hatte, standen die Urheber des Prozesses ratlos vor den Folgen ihrer eigenen Urteilsunfähigkeit. So ratlos, daß sie zunächst keinen anderen Ausweg wählten als die schleunige Vertagung dieser unglückseligen Verhandlung. Es ergab sich das unerhörte Schauspiel, daß die Angeklagte und ihre Verteidiger um die Durchführung einer Anklage kämpften, die dem Staatsanwalt nur noch Verlegenheit bereitet! Sicher würde man heute die Anklage am liebsten für alle Zeiten niederschlagen; da das keine Schwierigkeiten hat, so tröste man sich wohl damit, daß wenigstens Zeit gewonnen ist. Wie man diese Zeit benutzen will, darüber ist gestern schon einiges gesprochen worden. Der Kriegsminister hat in seinem Brief an den Staatsanwalt mitgeteilt, daß er die von der Verteidigung vorgebrachten Wirkungsbeispiele jetzt zunächst vor die Kriegsgerichte bringen will. Dort hofft er offenbar einen günstigeren Boden für sich und seine Auffassung zu finden; eben deshalb aber wird die Öffentlichkeit den Gang dieser kriegsgerichtlichen Verhandlungen aufs aufmerksamste be-

folgen müssen. Es scheint ferner nach den Erklärungen der Verteidiger, daß man bereits begonnen hat, einzelne der Reagen wegen ihrer Bereitwilligkeit zur Aussage nach ostelbischer Manier behördlich zu schikanieren. Wenn sich die Befürchtungen der Verteidiger in dieser Beziehung bewahrheiten sollten, so wird es die Aufgabe aller anständigen Leute sein, eine solche Verfolgung durch ihren Protest unmöglich zu machen.

Schließlich konstatiert die „Frankfurter Zeitung“, daß den Schichten, auf die es in erster Linie ankommt, es vielfach noch an dem nötigen Ernst bei der Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen fehlt, und deshalb meint sie:

„Was der gestern vertagte Prozeß, wenn er zur vollen Durchführung gelangt, manche schmerzliche Wunde schlagen; man sollte ihn deshalb nicht fürchten, sondern an die befreiende und anfeuernde Wirkung denken, die davon ausgehen kann, wenn das Problem der Soldatenmißhandlungen einmal ganz rücksichtslos und in voller Öffentlichkeit untersucht wird.“

Diese entschiedene Stellungnahme unterscheidet die „Frankfurter Zeitung“ sehr vorteilhaft von den meisten anderen liberalen Blättern, insbesondere auch von dem „Berliner Tageblatt“.

## Der Sturmvogel der englischen Politik.

London, 4. Juli. (Fig. Ber.)

Daß beim Tode Joseph Chamberlains die verschiedensten und schiefsten Urteile über ihn gefällt werden, war nur zu erwarten. Kein englischer Staatsmann hat je so erbitterte Feinde und so leidenschaftlich ererbene Freunde gekunden wie Chamberlain. Die Konservativen, die ihn früher als den verdienstlichsten der Reichsbeamten bezeichneten, feiern ihn heute als ihren unbeflegten und unbeflegbaren Helden. Und die Liberalen, deren radikalster Teil ihn einst als den Hoffnungsstern begrüßte, haben ihm noch nicht verziehen, daß er vor beinahe dreißig Jahren ihre Partei in Stücke schlug. Die frenetische Wut, mit der ihn die Liberalen in den neunziger Jahren und zu Anfang dieses Jahrhunderts bekämpften, hat sich zwar gelegt, aber in den Nachrufen, die sie dem Toten widmen, vernimmt man noch deutlich den Nachhall von den Kämpfen, die sie mit dem „Verräter“, dem „Judas“, dem „Apostaten“ geführt haben. Es leben auch noch viele Zeitgenossen Chamberlains, die sich von seiner scharfen Zunge bis ins Mark getroffen fühlten und von denen man kaum ein abgekürztes Urteil über den Gegner erwarten kann. „Verräter!“ rief ihm einst der Ire Dillon im Parlament zu. „Sie sind ein guter Kenner von Verrätern,“ erwiderte ihm Chamberlain.

Vielleicht ist es auch noch zu früh, die revolutionierende Rolle, die Joseph Chamberlain in der englischen Politik gespielt hat, vollständig zu würdigen. Schon das Erscheinen dieses unentwegten Kämpfers der modernen Kapitalistenklasse Englands wirkte als eine Revolution in der englischen Politik, deren Leitung bis dahin ausschließlich in den Händen der Angehörigen aristokratischer Familien lag, die ihren Weg zu den Ministersejeln durch die exklusiven Hochschulen und korrupten Wahlkreise nahmen. Chamberlain ebnete sich seinen Weg zur Macht durch seine Talente und seine Fähigkeiten, die er bei der wirtschaftlichen und politischen Rekonstruktion der Stadt Birmingham bewiesen hatte. Die Tories zitterten vor dem verdrießenen „roten Republikaner“ und die Liberalen, die noch ganz im östlichen Mandestertum steckten, suchten sich den neuen Mann mit seinen störenden Ideen gefügig zu machen und gaben ihm einen Posten im Kabinett. Aber Gladstone mußte bald erfahren, daß Joseph Chamberlain nicht die Absicht hatte, die zweite Geige zu spielen, daß er vielmehr den „alten Tory“ Gladstone als ein zu beseitigendes Hindernis betrachtete.

Wer die Laufbahn Chamberlains abseits von dem Entwicklungsgange der englischen Kapitalistenklasse betrachtet, wird in seinem Leben leicht einen Haufen von Widersprüchen entdecken und seinen Gegnern beipflichten, wenn sie erklären, daß der willensstarke Mann bei jedem Meinungswechsel lediglich den Geboten seiner persönlichen Interessen folgte. Aber bei allen seinen Wandlungen vom Republikanismus zum Monarchismus, vom Freihandel zum Schutzoll, von der Friedensschwärmerei zum Chauvinismus läßt sich in seinem Wirken doch eine deutliche Richtschnur erkennen. Er war der erste, der die Politik des modernen englischen Liberalismus — Imperialismus gemildert durch Sozialreform — erfaßte und auszuführen bestrebt war. Lloyd George tut heute nur das, was Chamberlain tun wollte, er erntet dort, wo Chamberlain geerntet hat. Das gesamte sozialpolitische Programm der heutigen liberalen Partei findet sich schon in den Reden Chamberlains, und wenn Lloyd George weiter gegangen ist, als Chamberlain zu gehen beabsichtigte, so geschah dies doch nur unter dem Druck der Arbeiterklasse. Als erfolgreicher Schraubenfabrikant, der mit dem Ausland große Geschäfte machte, sah Chamberlain in den Interessen der Fabrikantenklasse die Interessen der Nation. Die Interessen seiner Klasse, die damals durch die sich immer mehr fühlbar machende Konkurrenz der heranwachsenden Industriestaaten bedroht wurden, zu verteidigen, war das Leitmotiv seiner Tätigkeit, als er die parlamentarische Laufbahn einschlug. Sein im Laufe der Zeit immer klarer und aggressiver werdender Imperialismus hatte als Anfangsel die Sozialpolitik, die sich aus den Verhältnissen Englands, wo das Industrieproletariat politisch die ausschlaggebende Rolle spielen konnte, von selbst ergab. Er nannte sie selbst die Politik des „Völkergelds“, das die Ausbeuter den Ausbeuteten zahlen müsse, damit jene ungehindert ihren Geschäften nachgehen können. Daß Chamberlain die Interessen seiner Klasse stets sehr gut bearriff, beweist sein ganzer Lebenslauf. Noch ehe er sich in die Politik des Staates mischte, war er in der Gemeindepolitik Birmingham die hervorragendste Gestalt. Zuerst trat er in die Öffentlichkeit als feuriger Vertreter der obligatorischen Volksschule; er sah klar, daß sich die englische Industrie mit dem vor 1870 herrschenden rückständigen Volksschulwesen gegenüber den jungen Industriestaaten nicht behaupten konnte. Dann führte er als Bürgermeister von Birmingham wichtige Reformen in der Gemeinde durch, die das Dauerhafteste an seinen Schöpfungen sein werden und ihm eine Popularität verschafften, auf die er eine politische Hochburg bauen konnte, die bis jetzt noch allen Angriffen seiner Gegner getrotzt hat. Nur von dem oben erwähnten Gesichtspunkte aus betrachtet, gewinnen wichtige Ereignisse in seinem Leben, die nur allzu leichtfertig durch die Herrschaft, die Raune oder den Eigennutz des Mannes erklärt worden sind, Sinn und Verstand. So seine Gegnerschaft gegen

Somerse, sein wilder Chauvinismus, der ihm das vornehmste Kampfmittel in der Verfolgung imperialistischer Ziele war und durch den ihn das Ausland am besten kannte, und vor allen Dingen sein schneller Wechsel vom Freihandel zum Schutzoll.

Die ursprüngliche Idee Chamberlains, das ganze gewaltige britische Weltreich zu einem sich selbst genügenden Wirtschaftsgebiet zu machen, in dem die Tochterstaaten und Kolonien hauptsächlich die Rohstoffe liefern und England die Fertigfabrikate, kann man wohl als abgetan betrachten. Die wirtschaftliche Entwicklung der Länder kümmert sich nicht um die Wünsche der englischen Fabrikanten. Aber es ist fraglich, ob die Schutzollidee tot ist. Sie scheint nur zu schlummern und auf die zwei „schlimmen Winter“ zu warten, nach denen das Volk nur Schutz gegen die ausländische Konkurrenz schreien soll. Die Grundzüge der Chamberlainschen Politik: Imperialismus und Sozialpolitik, werden heute von beiden bürgerlichen Parteien Englands akzeptiert. Ob aber die Politik des „Völkergelds“ lange wirksam sein wird? Man kann die Frage heute schon entschieden mit Nein beantworten. Nach einer Periode großer industrieller Prosperität und sozialer Reformen ist das englische Proletariat rebellischer denn je. Es begreift immer mehr, daß die Profiteure, mit denen man es abfüttert, zu den Lasten und Sorgen, die ihm die imperialistische Politik bringt, in keinem Verhältnis stehen.

London, 6. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Times“ veröffentlichten heute einen beachtenswerten Leitartikel über Chamberlain unter dem Titel: „Staatsmänner und Fiedler“. Unter anderem zitieren sie einen Ausspruch des berühmten altgriechischen Feldherrn und Staatsmannes Themistokles, daß er zwar nicht fiedeln könnte, aber daß er aus einer kleinen Stadt eine große zu machen verstände. Das Blatt schreibt: „Von der Menge der Fiedler, die die politische Arena bevölkern, hebt sich der wirkliche Staatsmann als bedeutende Gestalt ab und wenn er die Bühne verläßt, erkennen es alle Menschen an. Ein bemerkenswertes Beispiel hatten wir letztes Jahr im Falle Bebel, dem deutschen Sozialistenführer. Er war kein Staatsmann in dem Sinne, daß er die Staatsgeschäfte zu besorgen hatte, aber er entfaltete alle Eigenschaften des Staatsmannes in seiner Handhabung der sozialdemokratischen Partei, und die ihn kennen, glauben, daß, wenn er zur Macht gelangt wäre, er einen großen Administrator abgegeben hätte. Er war ein Aufbauer in der Praxis, was auch seine Theorien gewesen, und er besaß gerade die Vereintigung von Vision und praktischem Wissen, die den Staatsmann auszeichnet. Den äußerlichen Umständen nach könnte man kaum einen größeren Gegensatz finden als den zwischen August Bebel und Joseph Chamberlain, aber sie stammen aus derselben Form.“

### Chamberlains Begräbnis.

London, 6. Juli. Die Beisetzung Joseph Chamberlains fand heute in Birmingham in aller Einfachheit in Gegenwart der Gattin und der Familienmitglieder statt. Eine zahlreiche Menge hielt die Straßen, durch die der Trauerzug kam, besetzt. Gleichzeitig mit der Beisetzung in Birmingham wurde für Chamberlain in der St. Margaretenkirche in Westminster ein Trauergottesdienst abgehalten. Der König, die Königin und die übrigen Mitglieder der königlichen Familie hatten Vertreter entsandt. Unter der Trauergemeinde befanden sich Parlamentsmitglieder aller Parteien, Vertreter der Kolonien und das diplomatische Korps.

## Politische Uebersicht.

### Uferlose Flottenpolitik.

Noch vor der geplanten neuen Flottenvorlage wird dem deutschen Volk die Forderung einer beträchtlichen Vermehrung der Marinemannschaften besichert werden. Wie der „Deutsche Kurier“ erklärt, wird nämlich der neue Marineetat für das Jahr 1915 „eine nicht unerhebliche Mannschftsvermehrung“ fordern. Die Geschichte der letzten Jahre habe deutlich gezeigt, daß oft zur gleichen Zeit an mehreren Stellen der Erde kriegerische Entwicklungen entstehen können, die das Leben der Deutschen und deutsches Besitztum bedrohen. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, die Auslandsflotte, die nach dem Flottengesetz aus acht großen und zehn kleinen Kreuzern bestehen soll, neben der Hochseeflotte voll aufzustellen, damit die großen deutschen Interessen in allen Teilen der Welt jederzeit entsprechenden Schutz finden können. Jetzt seien aber von den als Stationäre gedachten großen Kreuzern nur zwei im Dienst und das „fliegende Geschwader“, das jederzeit überall, wo Verwicklungen eintreten und deutsche Interessen bedroht werden, Verwendung finden solle, existiere nur auf dem Papier. Die Marineverwaltung verlange daher die nötige Vermehrung der Mannschaft zur Durchführung des bestehenden Flottengesetzes.

Nimmer höhere Opfer werden im Interesse der imperialistischen Weltpolitik, b. h. des Profits der kapitalistischen Claque, vom deutschen Volk gefordert — aber seine geringen politischen Rechte sucht man ihm in jeder Weise, durch reaktionäre Regierungs- und Polizeimaßnahmen wie durch eine verlogene juristische Auslegung der Gesetze, zu nehmen — und die Zentrumsparthei wie der Liberalismus bieten dazu in ihrem „Noch gegen die aufstrebende Arbeiter-schaft willig die Hand!

### Die Zentrumsführer und Pseudokatholiken.

Wie wir im Leitartikel der Sonntagsnummer berichteten, hat der Bischof Archi von Como einen Hirtenbrief veröffentlicht, in welchem er die Politik der deutschen Zentrumsparthei und den bekannnten Februar-Aufruf ihres „Reichsausschusses“ aufs schärfste verurteilt: eine Kritik, die dem Papst so gut gefallen hat, daß er daraufhin an den Bischof von Como ein Schreiben richtete, in dem er dem kampflustigen Bischof sein besonderes Wohlwollen aussprach.

Es ist daher recht interessant, die auf das Zentrum bezügliche Stelle in dem Hirtenbrief des italienischen Bischofs kennen zu lernen. Die „Krieger-Petrus-Blätter“ teilen die wichtigste Aeußerung daraus mit. Sie lautet:

„Kann man von der Ablehnung des konfessionellen Charakters, welche die Verneinung der wahren Disziplin ist, nicht vielleicht dasselbe sagen? Die Tatsachen unserer Tage bezeugen es. Für alle wird schon der eine Hinweis auf die deutliche und pomphose Erklärung genügen, die bezüglich dieser Frage im „Aufruf des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparthei“ vom vergangenen März. Und handelt es sich nicht etwa um dasselbe

bei der beabsichtigten Gründung einer „katholischen“ Parlamentsparthei in Italien? Denn tatsächlich hat man kurz darauf im April dieses Jahres die Grundlage für eine solche Partei geschaffen und gab ihr den Namen „Christlich-soziale parlamentarische Gruppe“, trotz und gegen die deutlichsten Weisungen der höchsten Autorität. . . . Das ist das System gewisser Pseudokatholiken, die da mit dem Papste einig gehen, wo es ihnen Ideen paßt, aber ohne ihn oder gegen ihn überall da handeln, wo er ihre Pläne durchkreuzt. Denn das ist doch nicht die Weisheit, die von oben herabkommt, sondern die irdische, tierische, teuflische.“ (Zal. 3, 15.)

Und diesem scharfen Ausschall gegen die Leitung der deutschen Zentrumsparthei hat der Papst durch seinen Brief an den Bischof von Como zugestimmt! Er sieht also ebenfalls in den Zentrumsführern, die den Spuren der „katholischen Volkszög“ folgen, nur Pseudokatholiken, deren politische Weisheit eine tierische und teuflische ist.

### Legale Steuerdrückerei.

In Köln hat sich eine Steuer-Treuhandgesellschaft aufgetan, für die ein Herr Kaminski und ein Dr. jur. Müller-Goltkamp verantwortlich zeichnen. Diese Gesellschaft sucht in ganz Rheinland und Westfalen Kunden für eine Tätigkeit, die es wert ist, etwas näher beleuchtet zu werden.

In ihrem Prospekt — der natürlich nur an die besitzenden Kreise verfaßt wird, verspricht die Treuhandgesellschaft allen Leuten, die etwas haben, die größten Vorteile, sofern sie der Treuhandgesellschaft die Vertretung ihrer Interessen vor der Steuerbehörde anvertrauen. So heißt es in dem Prospekt:

„Dem Kapitalbesitzer weisen wir die Möglichkeit nach, unter gewissen Umständen Einkünfte aus Kapitalvermögen, z. B. Zinsen von Bankguthaben oder Dividenden aus Wertpapieren, auf legalem (?) Wege nicht versteuern zu müssen.“

Demnach muß die Gesellschaft in den Kreisen der Steuerdrückberger sehr erfahren sein. Gleicher Art sind die Angebote, die da in der Anpreihung den Kaufleuten, Fabrikanten, Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung gemacht werden. 18 verschiedene Methoden empfiehlt die smarte Gesellschaft den Leuten vom Geldschrank, wie sie ihre Beziehungen zur Steuerbehörde möglichst weitläufig gestalten können. Da werden empfohlen: Schaffung eines steuerfreien Referendums und stille Reserven, hohe und doch langfristige Abschreibungen, die Möglichkeit, unter gewissen Umständen auf legalem Wege die Ueberschüsse eines guten Geschäftsjahres nur einmal zu einem Drittel zu versteuern und dann nicht wieder, Steuerfreiheit von ausländischem Betriebsvermögen, Steuerfreiheit von Spekulationsgewinnen, doppelter Abzug von Verlusten bei Aktiengesellschaften, steuerfreie Anlegung von Vermögen in gesetzlich zulässiger Form usw.

Besonders nett ist, daß die Treuhandgesellschaft den „Herren Kapitalisten“ behördlich geprüfte Steuerfachleute zur Verfügung stellt, die alle Kniffe wissen, mit denen der gute Vater Staat auf höchst patriotische und reputierliche Weise geprellt werden kann.

An agrarische Kreise wendet sich die interessante Firma mit der „tremen Hand“ nicht. Wohl im Verdacht, daß hier alle Möglichkeiten der „Steuer-Ersparnis“ schon hinreichend ausgenutzt sind. Jedenfalls zeigt das Beispiel der Kölner Treuhandgesellschaft wieder, was die vielgepriesene Vaterlandsliebe der Besitzenden wert ist.

### Liberales Wahlabkommen in Sachsen.

Die gestern in Dresden abgehaltene nationalliberale Vertreterversammlung hat nun ebenfalls das zwischen den sächsischen Führern der nationalliberalen und fortschrittlichen Partei vereinbarte Wahlabkommen für die nächsten, im Herbst 1915 stattfindenden sächsischen Landtagswahlen genehmigt. Durch dieses Abkommen werden die Nationalliberalen in 23 Wahlkreisen, die Fortschrittlichen in 23 Wahlkreisen den Einigungsandidaten stellen. Die Fortschrittliche Volkspartei erhält das bisher kritische Mandat in Spremberg, dafür aber werden den Nationalliberalen die Mandate in Leipzig 3 und Glauchau zugesprochen.

Die liberale Presse frohlockt. Sie schreibt, es werde möglich sein, dem Gesamtliberalismus in Sachsen nicht nur seine bisherigen Landtagsitze zu erhalten, sondern außerdem noch neun neue Mandate und damit die Mehrzahl in der Zweiten Kammer zu erobern. Von dem jetzt konservativ oder sozialdemokratisch vertretenen Wahlkreisen böten nach dem Ausgange der letzten Landtagswahlen rund 20 mehr oder minder große Aussicht für liberale Erfolge.

Der nationalliberale Parteitag beauftragte zugleich den Vorsitzenden, Geheimrat Prof. Dr. Brandenburg, auf dem Parteitag in Köln einen Antrag auf Auflösung des Jungliberalen und Nationalliberalen Reichsverbandes zu stellen. Der Vertreter des einzigen in Sachsen bestehenden jungliberalen Vereines in Leipzig erklärte, daß er mit der Auflösung der Sonderorganisationen einverstanden sei.

### Politik und Geschäft.

Die „Welt am Montag“ schreibt in ihrer Nummer vom 6. Juli 1914 unter der Spitzmarke: „Wie man als Abgeordneter Wechsel zu diskontieren sucht“:

„Vor uns liegt ein vom 5. Juni 1913 datierter Brief des freiconservativen preussischen Landtagsabgeordneten Spingzig, Herr Spingzig, Bergasseffor seines Zeichens, schreibt:

„Sehr geehrter Herr . . . .  
Glauben Sie zwei Algepte von mir über je 10 000 Mark per 1. September diskontieren zu können, so rufen Sie mich bitte an oder besuchen mich gegen 11½ Uhr, damit ich Ihnen die Papiere behändigen kann. Kaufen Sie sich die heutige „Deutsche Tageszeitung“ und lesen Sie unter „Zeitungs-Ausschau“ über die Landtagswahl den Artikel aus der „Post“.  
Hochachtungsvoll und ergebenst  
D. Spingzig.“

Als der Adressat dem Räte des Herrn M. d. A. folgte, fand er in der Zeitung-Ausschau der „Deutschen Tageszeitung“ einen Artikel der „Post“, in dem es hieß:

„Namen wie Hirsch, Deumer, Vorster, Marco, Spingzig, Schmedendiek, Hasenlever, Anupe u. a. bürgen dafür, daß die Industrie wie bisher im preussischen Abgeordnetenhaus die ihr gebührende Bewertung erfährt.“

Der Name des Adressaten wird selber verschwiegen; man darf aber annehmen, daß er den Kreisen jener Industrie nicht fernliegt, als deren Sachwalter der Abgeordnete Spingzig bezeichnet wird.

### Zum Pferdehandelsprozeß.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von einer der Deeresverwaltung nahestehenden Seite. Die Zuschrift wendet sich gegen den Artikel eines Mitarbeiters der „Kreuz-Zeitung“ vom 20. Juni über die ostpreussischen Pferdzüchter und die Remontefabriken, in dem die Empörung und Erbitterung der ostpreussischen Pferdezüchter über das abfällige Urteil der militärischen Sachverständigen bezüglich der Pferdezüchter in Ostpreußen zum Ausdruck kam. Die der Deeresverwaltung nahestehende Stelle schreibt:

Der Artikel bemängelt schließlich Neuherungen der Sachverständigen der Seeresverwaltung sowie des ehemaligen zweiten Vorsitzenden der Remontierungskommission, Majors v. Kundstedt, in der Hauptverhandlung eines Strafverfahrens.  
Hierzu soll nur bemerkt werden, daß, wie immer die Sache ist, es nicht statthaft ist, auf Grund von Zeitungsnachrichten an Neuherungen Kritik zu üben, die aus dem Zusammenhang gerissen sind.  
Die der Seeresverwaltung nahestehende Stelle tritt in der Annahme, die in der „Kriegszeitung“ dem Inhalt nach richtig wiedergegeben und bei uns wörtlich mitgeteilt Neuherungen der genannten Sachverständigen über die schandbare Pferdezügung in Ostpreußen seien aus dem Zusammenhang gerissen. Das ist keineswegs der Fall. Sie sind zusammenhängend abgegeben und wurden sofort von dem von der Verteidigung geladenen Sachverständigen Hofier zurückgewiesen. Man konnte dem Gehalt des militärischen Sachverständigen, Oberstleutnant v. Bräse, der sich über die Pferdezügung seiner militärischen Kollegen über die „schandbare Pferdezügung in Ostpreußen“ waren. Die Ansicht dieser beiden Herren war aber bestimmend für die Handhabung bei dem Remonteaufbau. Die der Seeresverwaltung nahestehende Stelle läßt besser, statt der Frage auszuweichen, rundweg zugeben, daß das Urteil der beiden Herren mit der Wirklichkeit sowie mit den Interessen der Pferdezügung und der Pferdezüchter im schroffen Widerspruch steht.

### Aus dem bayerischen Landtage.

Die bayerische Kammer nahm am Sonnabend eine Ergänzung zum Vergesetz an, nach der die Vertrauensmänner der Arbeiter nur aus der Mitte der von den Arbeitern selbst gewählten Arbeiterausschüsse gewählt werden können.

Weiter nahm der Landtag einen Gesetzentwurf über die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an. Nach diesem Gesetz wird künftig die Aufsicht über solche Gerichte den Landgerichten übertragen. Auch können die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte den Amtsgerichten angegliedert werden, damit die weniger leistungsfähigen Gemeinden ebenfalls Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erhalten.

### Der albanische Aufstand.

Ein paar Abenteurer wollten in Berlin den Wiener Versuch der Anwerbung von Freiwilligen wiederholen. Die Herren mußten sich bald überzeugen, daß weder Zeit noch Ort für ihre Dummheiten geeignet sind und haben den Plan fallen lassen.

### Einnahme von Korika?

Durazzo, 6. Juli. Nach bisher unbestätigten Meldungen haben die Epitoten Korika angegriffen und eingenommen. Nach heftiger Gegenwehr wurden die Regierungstruppen, die holländischen Offiziere Schneller und Ratinckoth, sowie der in albanischen Diensten stehende frühere österreichisch-ungarische Offizier Whilardi gefangen genommen.

Die Aufständischen haben Stargia nach hartem Kampfe mit den von Korika herbeigeleiteten Streitkräften der Regierung eingenommen.

### Glückliche Reise!

Mailand, 6. Juli. Nach einer Information der „Perceberanza“ aus diplomatischen Quellen soll die Abdankung des Fürsten von Albanien unmittelbar bevorstehen. Der Entschluß des Fürsten sei unwiderstehlich, und die Abreise soll an Bord eines österreichischen Kriegsschiffes erfolgen. Der Fürst soll zu diesem äußersten Schritt dadurch veranlaßt worden sein, daß Rumänien die Anwerbung von Freiwilligen auf seinem Gebiete nicht zulasse, ferner durch Geldverlegenheiten, und endlich durch die schlechte militärische Lage wie durch zahlreiche Desertionen der Matrosen. Dadurch sei seine Lage fast verzweifelt geworden.

### Die mexikanische Komödie.

Mexico, 6. Juli. Bei den heute abgehaltenen Präsidentschaftswahlen hat Huerta ein einstimmiges Vertrauensvotum erhalten. Die Wahlberichte lassen die Wiederwahl aller gegenwärtigen Deputierten und Senatoren erwarten. Die Beteiligung an den Wahlen war die niedrigste seit vielen Jahren, sowohl in der Hauptstadt wie in den Nachbarstädten.

Beracruz, 6. Juli. Aus dem Innern des Landes hier eingetroffene Mexikaner sehen die Wahlen für eine bloße Farce an. Es sei eine lächerliche Annahme, daß Huerta dem Volke freie Wahlen gewährt habe.

### Frankreich.

#### Das Dreijahresgesetz.

Paris, 6. Juli. Der neue Chairman des Seereschiffbauausschusses, General Pédoya, erklärte einem Mitarbeiter der „Lanterne“, der dreijährige Militärdienst übersteige weit aus die Hilfsmittel und die Kräfte, über welche eine Nation von kaum 40 Millionen Einwohnern verfüge. Italien, das 32 Millionen Einwohner habe, besitze eine Armee von nur 450 000 Mann, und Österreich-Ungarn mit seinen 50 Millionen Einwohnern habe eine Armee von nur rund 550 000 Mann. Die Anstrengung, die man dem französischen Volke auferlegt habe, beruhe die Landwirtschaft und die Industrie der notwendigen Arbeitskräfte.

### Rußland.

#### Die russische Spionage in Paris.

Paris, 2. Juli. (Fig. Ver.) Clemenceau hat als Minister seinerzeit feierlich erklärt, daß es in Frankreich keine russische Geheimpolizei mehr gebe. Wie wenig diese Erklärung den Tatsachen entspreche, zeigt eine Besondere, die Burzew, der Entlarver Agens, an den französischen Justizminister gerichtet hat. Er fordert darin eine Untersuchung gegen die russischen Spione wegen folgender Vergehen: 1. Annahme öffentlicher Funktionen, 2. Organisation eines ungesetlichen Leberwachendienstes gegen die russischen Flüchtlinge, 3. systematischer Diebstahl, 4. Hausfriedensbruch mit Einbruch, 5. Verletzung des Briefgeheimnisses, 6. willkürliche und ungesetzliche Verhaftung, 7. Ausbreitung von Verleumdungen.

In das Treiben der russischen Spionbande hat ein wenig ein Prozeß hineingebracht, der unlängst vor dem Friedensrichter des 9. Gemeindebezirks verhandelt wurde. Ein gewisser Flieger klagte dort die Herren Vint und Sambain wegen Nichterfüllung des mit ihnen geschlossenen Vertrags. Vint und Sambain sind Direktoren eines privaten Detektivbureaus. Tatsächlich „arbeiten“ sie unter Aufsicht eines gewissen Villard-Ronni, der selbst wieder ein Angestellter Krassnikows ist, des Chefs der zarischen Geheimpolizei in Frankreich, der auf der Botenschaft amtiert. Höchst merkwürdig ist, daß Flieger den Vorstoß, in die Dienste Villard-Ronnis zu treten, von einem

Polizeiangestellten des französischen Ministeriums des Innern erhalten hat. Die Dienstakten, die Flieger in die Hand bekam, sowie das Quittungsformular für sein Monatsgehalt, trugen den Stempel der Chama. Flieger hatte Flüchtlingen nachzuspüren, ihnen gelegentlich bis zur russischen Grenze zu folgen und sie dort verschaffen zu lassen. Besonders wichtig aber ist der „Briefdienst“, den Vint und Sambain Ende Juni 1912 organisiert haben. In der „Humanité“ teilt Genosse François Cruch interessante Details darüber mit. Die russischen Agenten operieren hierbei zu zweit. Der erste sucht die Hausmeister auf und versucht sie zu bestechen. Der gewöhnliche Tarif ist 2 bis 5 Fr. für jeden Brief. Der andere Agent hat die Aufgabe, die Korrespondenzen bei den bestochenen Hausmeistern durchzusehen und Briefe, die von Interesse scheinen, mitzunehmen. Diese aufgefingenen Briefschaften werden bei einem gewissen Hamard, der im Hotel du Midi, Avenue du Gare Montparnasse ein Zimmer hat, geöffnet, kopiert und nachher dem Hausmeister zurückgestellt. Hamard trägt die Kopien selbst auf die Postschaft.

Flieger wurde am 13. September 1912 auf die Anzeige einer anständigen Hausmeisterin verhaftet. Man fand ihn im Besitz einer gefälschten Polizeilegitimation. Auf dem Kommissariat gab er sich zu erkennen, aber die ganze Geheimpolizei der Postschaft war nach dem Gebiet der französischen Mandate abgereist. So wurde er erst am folgenden Tage freigelassen. Er bekam dann von der Strafkammer — 25 Fr. Geldbuße zudiktirt. Der russische Polizeidienst wurde wegen des Skandals, den die Affäre machte, der Form nach aufgelöst, aber tatsächlich bestand er weiter, wie der Verzicht beweist, der die Grundlage der Fliegers Klage bildet.

Wird die französische Regierung jetzt dem Chranogefindel ernstlicher zu Leibe gehen? Vielleicht gibt es Optimisten, die es glauben.

## Aus der Partei.

### Unsere „Pressefreiheit“.

Das Straffanfo der Arbeiterpresse erfährt im Monat Juni d. J. eine ansehnliche Bereicherung. Es wurden 21 Redakteure zu 2390 R. Geld- und 6 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt, in einem Falle erfolgte Freisprechung. Die Zahl der Verurteilten betrug im zweiten Vierteljahr d. J. 54, die Strafen daraus 7715 R. Geld- und 19 Monate Gefängnisstrafe; im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 55 Prozesse mit 6610 R. Geld- und 25 Monaten 7 Wochen Gefängnisstrafen, im ganzen ersten Halbjahr 1914 wurden festgesetzt: 82 Prozesse (1913: 100), sechs Freisprechungen (2), 1320 R. Geldstrafe (10 605 R.) und 28 Monate Gefängnisstrafe (41 Monate). Das sind Justizfolge, mit denen die Regierenden zufrieden sein können. Es sitzen permanent eine Reihe sozialdemokratischer Redakteure hinter den „Schwedischen Gardinen“.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Zentralwahlverein Brandenburg-Neuchalland hielt am 5. Juli seine Generalversammlung ab. Die Organisation hat im letzten Jahre um 1088 Mitglieder zugenommen. In 6 Ortsvereinen wurden am 31. März 6327 Mitglieder, darunter 1091 Frauen, gezählt. Von den Abonnenten der „Brandenburger Zeitung“ entfallen auf den Kreis 6882. Sozialdemokratische Stadterordnete und Gemeindevorsteher gibt es im Bereiche des Zentralwahlvereins 49. Die Kreisliste verfügte am Jahreschluss bei 28 416,35 R. Einnahme und Ausgabe über einen Bestand von 16 123,32 R. und über einen Wahlfonds in Höhe von 888,02 R. Der Agitation im Kreise dienten u. a. 32 Mitglieder- und 27 öffentliche Versammlungen, ferner 202 600 Flugblätter, Kalender, Zeitungen usw.

### Parteidifferenzen im Agitationsbezirk Frankfurt a. M.

Vor einigen Wochen mußten wir berichten, daß auf den Generalversammlungen der Parteivereine für die Reichstagswahlkreise Höchst a. M. und Hanau, deren Gebiet sich nicht nur bis an die Tore der Stadt Frankfurt erstreckt, sondern zu denen große Arbeiterbororie der Stadt gehören, lebhaft Klagen gegen die politische Haltung der Frankfurter „Volksstimme“ erhoben worden seien. Auf den Generalversammlungen beider Kreise wurden Entschlüsse angenommen, die eine Aenderung der politischen Haltung des Frankfurter Parteiblattes verlangten. Die Delegierten des Wahlkreises Höchst a. M. beschwerten sich daneben noch besonders über das Verhalten des Genossen Quard. Hiergegen hatte sich die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins von Frankfurt a. M. gewandt, die in den Vorwürfen gegen Quard einen unzulässigen Angriff auf dessen parlamentarische Tätigkeit erblickte. Alle diese Vorgänge führten zu einer eingehenden Erörterung in der Prekominmission, die aus Vertretern aller Wahlkreise besteht, die zum Verbreitungsgebiet der Frankfurter „Volksstimme“ gehören. Nach einer stundenlangen Besprechung wurde eine Verständigung erzielt, von der Prekominmission und Redaktion in nachstehender Erklärung Mitteilung machen:

### Erklärung!

„Von den auf der Höchst, Frankfurter und Hanauer Generalversammlung gefassten Beschlüssen hat die Prekominmission Kenntnis genommen und nach eingehender Besprechung mit der Redaktion eine Verständigung zwischen beiden Teilen dahin erzielt, daß die persönlichen Vorwürfe teilweise auf irrigen Voraussetzungen beruhen, daß aber die Redaktion sich bemühen wird, die sachlichen Wünsche der Parteigenossen nach jeder Richtung zu berücksichtigen.“

Die Prekominmission. Die Redaktion.“

### Der Parteitag für Elsaß-Lothringen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages für Elsaß-Lothringen wurde auch die Frage eines Kopfbattes für Elsaß-Lothringen erwähnt und vom Genossen Bartsch, Berlin betont, daß der Parteivorstand mit der Schaffung eines Kopfbattes einverstanden sei. — Daraus referierte Genosse Peixoto über den Bericht der Landtagsfraktion, der mit Beifall entgegengenommen wurde. — Genosse Gumbel sprach über die Gemeinderatswahlen und rügte vor allen Dingen, daß entgegen einem Parteitagbeschluss, mehrere Ortsgruppen, darunter auch Colmar, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien schon im ersten Wahlgang geschlossen haben. — Genosse Gumbel, Paris verteidigte das Verhalten der Colmarer Genossen als einen Akt der politischen Notwehr. Einstimmig wurde folgende Resolution zu den Gemeinderatswahlen angenommen:

„Die Landesversammlung spricht den Parteigenossen, welche anlässlich der Gemeinderatswahlen gegen den Beschluss der vorjährigen Landesversammlung gehandelt haben, ihre Mißbilligung aus und erwartet, daß die Parteigenossen ihren demokratischen Pflichten der Unterordnung unter die Beschlüsse der Gesamtpartei in Zukunft ausnahmslos gerecht werden.“

Dann sprach Ag. Böhle kurz über die Wichtigkeit des internationalen Kongresses in Wien. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Landesparteitag der Elsaß-Lothringischen Sozialdemokratie würde es begrüßen, wenn auf die Initiative der deutschen und französischen Genossen der Internationale Sozialistische Kongress in Wien in Uebereinstimmung mit dem Jenaeer Parteitag 1913 erklären würde, daß die Gewährung der republikanischen

Autonomie an Elsaß-Lothringen im Rahmen des Deutschen Reiches die günstigste Basis schaffen würde zu der im Interesse des Weltfriedens gebotenen deutsch-französischen Annäherung.“

Als Delegierter für Elsaß-Lothringen wurde Parteisekretär Genosse Queber gewählt. Die Vorstands- und Kontrollkommissions-Wahlen ergaben einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Genossen.

### Gewerkschaftsmitglieder und Parteiorganisation in Wien.

Nach einer vom Genossen Dr. Robert Dannenberg bearbeiteten Erhebung der Wiener Parteiorganisation gehören von den 139 742 männlichen Wiener Gewerkschaftsmitgliedern 33 417 der sozialdemokratischen Parteiorganisation an, und nur etwa 20 000 Wiener Parteigenossen sind auch Gewerkschafter und Genossenschaftler, während die Partei für sich 34 119, die Gewerkschaften 139 742 und die Genossenschaften 85 415 Mitglieder zählen, was jedenfalls ein erstaunliches Verhältnis ist.

### Die südslawische Sozialdemokratie Oesterreichs

hielt vor kurzem ihren neunten Parteitag in Laibach, der Hauptstadt Krains, ab. Den Vorsitz führte Kristan. Die deutsche, tschechoslawische, italienische und die kroatische Bruderpartei waren vertreten. Aus dem vom Parteisekretär Mimar erstatteten Tätigkeitsbericht ergab sich, daß trotz der Krise die Partei ihren Mitgliederbestand auf 4720 in 119 Organisationen erhöhen konnte. Nur in Dalmatien ging es infolge langwieriger Streitigkeiten nicht vorwärts. Der Parteitag bestätigte die Ausschließung des früheren Vertrauensmannes für Dalmatien, Jerko Darbitza. Das Parteiblatt „Jarja“ (Lichtstrahl) mußte wegen der Krise sein tägliches Erscheinen wieder einstellen und erscheint jetzt in einer Auflage von 3400—4000 Exemplaren wöchentlich; das monatlich erscheinende Arbeiterinnenblatt mußte sein Erscheinen ganz einstellen. Dagegen erscheint eine wissenschaftliche Revue weiter und will der Partei erheblich. Ueber 13 000 südslawische Arbeiter sind gewerkschaftlich organisiert. Es erscheinen sechs südslawisch geschriebene Gewerkschaftsblätter. Die genossenschaftliche Bewegung entwickelt sich gut. Man beschloß, die Parteileitung von Laibach nach Triest zu verlegen.

Genosse Rudolf Franz, bisher Feuilletonredakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, ist an Stelle des Genossen Franz Diederich in die Feuilleton-Redaktion des „Vorwärts“ eingetreten.

## Aus Industrie und Handel.

Gründungen und Kapitalerhöhungen im ersten Halbjahr 1914. Der leichte Geldstand im ersten Halbjahr hat auch hinsichtlich auf die Kapitalansprüche der Aktiengesellschaften gewirkt. Nach einer Statistik der Finanzzeitschrift „Die Bank“ erböhten im ersten Semester 1914 153 Aktiengesellschaften ihr Kapital um 510 648 000 R., während in der gleichen Periode des Vorjahres 100 Aktiengesellschaften nur 210 557 000 R. beanspruchten. Die Hauptunterstützung entfällt auf die Banken und Versicherungsgesellschaften, die ihr Kapital um 165 Millionen Mark (im Vorjahre um 31 Millionen Mark) erböhten. Das Gründungskapital neuer Aktiengesellschaften ist dagegen auf dem Niveau des Vorjahres geblieben, wenn man berücksichtigt, daß in der Summe von 214 679 000, die 68 neue Aktiengesellschaften beanspruchten, die neue Schaffhauser Aktiengesellschaft mit 100 Millionen Mark enthalten ist. Im Vorjahre wurden 92 Aktiengesellschaften mit 119 665 000 Mark Kapital gegründet. Der seit Erhebung des G.-m.-b.-H.-Stempels eingetretene Rückgang der G.-m.-b.-H.-Gründungen hat sich weiter fortgesetzt. Im ersten Semester 1914 wurden nur 1205 G. m. b. H. mit 89 159 000 R. Kapital gegründet gegen 2180 Gesellschaften mit 171 965 000 R. Kapital im Vorjahre.

## Letzte Nachrichten.

### Talaat Bei über die Griechenverfolgungen.

Konstantinopel, 6. Juli. (W. T. V.) Die Kammer beschäftigte sich heute mit einer von einigen griechischen Deputierten unterbreiteten Anfrage betreffend die Auswanderung der Griechen. Der Grieche Emmanuilides gab eine Schilderung der jüngsten Verhältnisse und kam dabei auch auf den Vorstoß gegen die Griechen zu sprechen. Minister des Innern Talaat Bei erklärte in seiner Erwiderung, daß nach den Balkankriegen Gewalttätigkeiten vorgekommen wären, die für die Geschichte der Menschheit nicht ehrenvoll seien. Man habe sich sogar bis zu Folterungen verhalten, wie durch unparteiische Untersuchungen festgestellt worden sei. Ein auswärtiger Diplomat, fuhr der Minister fort, hat mir jüngst gesagt, daß der Friedenszustand in Serbien, Griechenland und Bulgarien fortwähre und sich nicht an der Lage geändert habe. In der Türkei ist während des ganzen Krieges kein einziger Zwischenfall vorgekommen. Einzelheiten jener Gewalttätigkeiten könnte man nicht, bis tausende muslimanische Auswanderer in der Türkei eintrafen, die jene Gewalttäten weiteren Kreisen zur Kenntnis brachten und dadurch eine gewöhnliche Stimmung hervorriefen, der die Regierung wohl nicht vorbeugen konnte. Immerhin bemühte sie sich, ihr Einhalt zu tun.

Der Minister kam dann auf seine Reise nach Adrianopel und Smyrna zu sprechen. Er gab zu, daß einige Plünderungen und Morbaten in Thesalon vorgekommen seien, verweist jedoch auf die Maßnahmen, die getroffen wurden, um der Bewegung Einhalt zu tun. Daß die ausgewanderten Griechen jetzt in die von Russen besetzten Dörfer wieder zurückkehren, sei unmöglich. Die griechische und die türkische Regierung seien daran, zu einem Einvernehmen zu gelangen, an Ort und Stelle Delegierte zu entsenden und die Frage, insbesondere die Bedingungen der Entschädigung, zu regeln. Nach der Rede des Ministers schritt die Kammer unter großem Lärm zur Abstimmung, bei der eine Annahme des Antrages der griechischen Deputierten abgelehnt wurde und die Erklärungen des Ministers als genügend bezeichnet wurden.

### Der englische Arsenalarbeiterstreik.

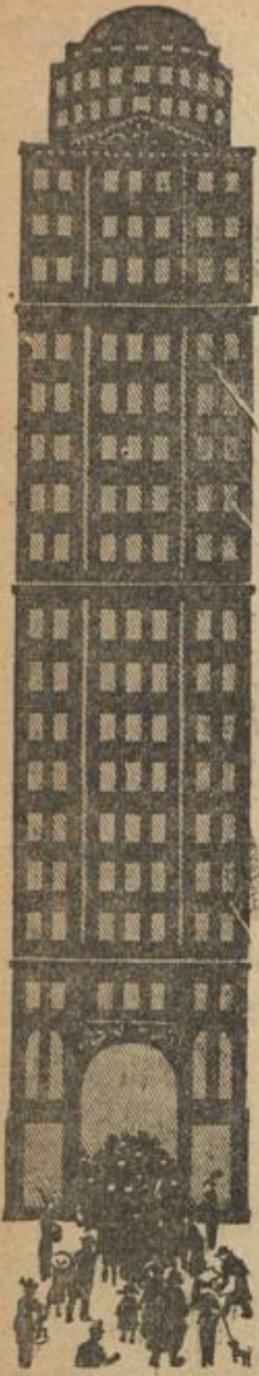
London, 6. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik im Woolwicher Arsenal hat heute den ganzen Betrieb erfaßt, es streikten 12 000 Mann aller Berufe. Es handelt sich nicht um die Frage der unorganisierten Arbeiter, sondern um Streikbrecher. Die Streikbrecher im Londoner Bauarbeiterkampf sind von einer Firma im Arsenal beschäftigt worden, dagegen wehren sich die Arbeiter. Früher hieß es häufig, daß die Arsenalarbeiter wegen des herrschenden Kampfes nicht streiken würden, heute stehen gelernt und ungelernete Arbeiter Schulter an Schulter.

### Französischer Grubenarbeiter für den Achtstundentag.

Chalon-sur-Saone, 6. Juli. Das Syndikat der Grubenarbeiter von Monceau hat eine zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, in der zu der Frage des Achtstundentages Stellung genommen und die Forderung gestellt wurde, daß die Frühjahrspause in diese Zeit mit eingerechnet werde. Auch wurde in der Versammlung die Forderung der Einführung der „englischen Woche“ gestellt. Desgleichen wurden politische Fragen erörtert, indem das Syndikat die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit und ferner eine Amnestie für alle Vergehen politischer und wirtschaftlicher Natur forderte.

### Todessturz eines Fliegers.

Saumur, 6. Juli. (W. T. V.) Als der Flieger Legagneux heute nachmittag über der Stadt einen Selbstentzug machte, führte er mit seinem Flugzeug in die Loire. Herbeieilende Eskadren konnten ihn erst nach 25 Minuten ans Land bringen. Er war bewußtlos, denn ihm waren beide Beine gebrochen und die Brust eingedrückt. Er starb bald nach der Entlieferung im Krankenhaus.



# An einem einzigen Tage

unseres Saison-Ausverkaufs haben nahezu

# 6000 Kunden

unsere vier Kaufhäuser besucht  
Ein schlagender Beweis für die beispiellose Billigkeit unserer Waren

Heute und folgende Tage:  
**Fortsetzung**  
des diesjährigen  
**Saison-**  
**Ausverkaufs**

Enorm billig:

- Stoff - Havelocks** für Herren **6.25**
- Loden - Pelerinen** für Herren und Damen **6.75**
- Gummi - Mäntel** für Herren echt englisch **11.25**
- Wasch - Joppen** □ **Lüster - Jackette**

# BAERSONN

Spezialhaus größt. Maßstabes f. Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 Geogr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

## Öffentliche politische Versammlungen.

# Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 7. Juli, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in Hallschmieders Kastanienwäldchen, Badstraße 15/16:

# Öffentliche Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

**Imperialismus und Kolonialpolitik.**

Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**

Freie Aussprache.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Männer und Frauen! Es ist Ehrenpflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

228/10\*

Der Einberufer: Friedrich Stäffler, Bankstr. 65.

## Zentralverein der Bildhauer.

Dienstag, den 7. Juli, abends 1/2 7 Uhr:

# Versammlung der streikenden Holzbildhauer

im Saal 4 des Gewerkschaftshauses.

20/15

Die Kommission.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin.

## Achtung! Sargtischler. Achtung!

Die Vertrauensmänner-Versammlungen fallen im Juli und August aus.

90/3

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Nocher 185, 1235, 1967, 9714.

Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet statt am 17. August. Anträge hierzu müssen bis spätestens 20. Juli bei der Ortsverwaltung eingereicht sein.

121/14

Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Vereine!

Saal noch einige Tage frei!

**Georg Felsmann**  
Luisenstadt-Casino  
Oranienstr. 180.

## Spezialarzt

l. Haut, Horn, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintraute jeder Art, Ehrlich Gata - Nuren in u. Co. long. Laborat. i

## Dr. Homeyer

Blut-untersuchung, Häm. i. Darm u. m. gegenüber Panoptikum Friedrichstr. 81, Sonntag 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

## Bruchbandagen

Leibbinden, Geradenhalter, Irrigators, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt

## Fabrikant Pollmann,

jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkassa. Fachgem. Bedienung.

## Speise-Eis-

Fabrikanten u. Händler die Reichels Eis-Aroma-Essenzen verarbeiten, erhöhen ihren Absatz durch die vollendetste Qualität. Sämtl. Sorten in Himbeer, Erdbeer, Ananas, Vanille, Zitronengeschmack usw. und alle sonst zugehörigen Substanzen billigst. Erprobte Rezepte gratis. Bestellungen durch d. Drog. od. bei Otto Reichel, Berlin 50 43, Eisenbahnstr. 4

## Borussia-Festsäle

Adlerstr. 6/7, nahe Rosenthaler Platz Telefon Amt Norden 2674 empfiehlt den geehrten Vereinen und Gewerkschaften seine renovierten und mit elektrischer Beleuchtung neu eingerichteten Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Zur bevorstehenden Herbst- und Winterzeit sind noch Sonnabend und Sonntage zu vergeben. **Georg Wolffgramm.**

## Schuten

Damenhüte, schwarz, weiß, Champagne 0.95 an. **Nigge,** Schönhauser Allee 146a. Alle Hüte werden zu Schuten gepreßt.

*Versüßte Goldfarbe, Opium mit Taback! Ein bittere Lösung ausbrannt in Wodka, Distillat.*

## Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 7. Juli 1914.

Anfang 4<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Volks-Theater.** Das Mitternachtsmädchen.

Anfang 5 Uhr.  
**Passage-Theater.** Kino-Parade. Potsdamer Naturtheater. Alt-Potsdam.

Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Zum Hochfest der Jungfrau.

**Westen.** Das Rheingold. Theater an der Weidendammer Brücke. Der müde Theodor.

**Schiller O.** Lammhauer. Berliner. Sie eint im Mai.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Volkstheater. Varieté und Lichtspiele.

**Berliner Prater-Theater.** Origi.

Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Alteins.** Der Meiss. Theater am Nollendorferplatz.

**Lustspielhaus.** Die spanische Fliege. Luffen. Geißhosen. Volkshalle. Der Hund von Baskerville.

**Folies Caprice.** Die Leibwächlerin. Die Amordragoner. Das Bett Napoleons. Ah - da staun' ich.

Anfang 8<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Reizend.** Die verführte Liebe. Admiralspalast. Im Tangoklub. Cines Nollendorfer-Theater. Das Witzel.

Sternwarte, Invalidenstr. 57-62

## Sachse-Oper.

Schiller-Theater O. Theater. Abends 8 Uhr:

**Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.**

**Theater des Westens.** Heute 8 Uhr: **Das Rheingold.** Mittwoch, Donnerstag, Freitag: **Walküre.**

**Theater in der Königgrätzer Straße** Täglich 8 Uhr:

**Mr. Wu.**

**Berliner Theater.** 8 Uhr: **Wie eint im Mai.**

**Theater a. d. Weidendammerbrücke.** Abends 8 Uhr: Sensationsvoller Nacherfolg **Der müde Theodor.**

Vorher: Tanzspiel Miss Keen.

**Reichshallen-Theater.** Stettiner Sänger.

Neu: **Der Dorfschulmeister.** Gemalt von **Meysel.**

Anfang 8 Uhr. Sonntag 7<sup>1/2</sup> Uhr.

## URANIA

Taubenstraße 48/49. 8 Uhr:

**Zum Hochfest der Jungfrau.**

## ROSE-THEATER

Georg-Frankfurter-Str. 139. **Der Silberkönig.** Anfang 8 Uhr.

Auf der Gartenbühne - Rund um die Spree. Gr. Revue. Sother Konzert, Spezialitäten.

## Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114. Heute Dienstag, den 7. Juli 1914:

**Gr. Konzert und Varieté-Vorstellung.** Anfang: Konzert 5 Uhr. - Varieté 6 Uhr.

**Im Neuen Saal: Großer Ball.**

**Morgen Mittwoch: I. großes Kinder-Erntefest.**

Voranzeige: Ab 12. Juli täglich: Kellerfest in Oberbayern

**Voigts Krampenburg** Berliner Alpen - Post Schmückwitz - Fernspr. Amt Köpenick 227. Berlins schönster Ausflugsort und anerkannt bestgeeignetes Wirtshaus zur Veranstaltung von Dampferpartien. Neu! Täglich Dampfer-Extrafahrten von Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße und Wildenbruchbrücke. Ab Berlin jeden Dienstag u. Freitag Brandenburger Ufer Stern-Gesellschaft.

## Passage-Panoptikum.

Lebend! Die letzten weiblichen

**Azteken!**

AGA die schwabende Jungfrau. Buddhas Geisterfahle.

Alles ohne Extra-Entree! Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

## Theater am Nollendorferplatz 5.

8<sup>1/2</sup> Uhr: **Der Juxbaron.**

## ZOOLOG

ischer Garten Täglich **Gr. Militär-Konzert.**

Eintrittspreise: Zoo 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf. Aquar. 1 M. v. d. Str., 50 Pf. v. Zoo Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neu! **AQUARIUM** 9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

## WINTERGARTEN

Neues Programm!

## Saharet

die australische Tanzdiva **Perzina Kaufmann** **Pagalien Veronacycle** **Kabarett Truppe** und eine Kette **hervorragender Kunstkräfte!**

Entreepplatz wochentags M. 0.60. - Rauchen gestattet! -

## Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr:

**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

## Admiralspalast.

Els-Arena. Berlins kühler Aufenthalt. Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr: „Im Tangoklub“ und „Die lustige Puppe“.

Bis 6 Uhr und ab 10<sup>1/2</sup> Uhr halbe Kassenpreise.

## Folies Caprice.

Täglich 8<sup>1/2</sup> Uhr: **Die Leibwächlerin. Die Amordragoner. Das Bett Napoleons. Ah - da staun' ich.**

## Voigt-Theater

Sensationsvoller Nacherfolg **Das Mitternachtsmädchen.** Gr. Ausstattungsgeld m. Bel. u. Lang von Aren und Zippich. Gänzlich neue Spezialitäten. Kaffeeöffn. 2 Uhr. Anf. 4<sup>1/2</sup> Uhr.

## Puhmanns Theater

Schönb. Allee 148, Kastanienallee 97/99. Unter neuer Leitung der beliebten Direktion W. Herrmann. **Konzert. Theater. Spezialitäten.** Zum Schluss: Wo halt du dein Weib? Weibchen! Anfang 4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Eine interessante gewerkschaftliche Erhebung.

Eine Erhebung des Zimmererverbandes bietet bemerkenswertes nach verschiedener Richtung. Sie gibt nicht nur Aufschluß über Löhne und Arbeitszeiten, sondern beleuchtet gleichzeitig große Veränderungen im Verufe, die auf kapitalistische und technische Veränderungen in der Arbeitsmethode und der Materialverwendung zurückzuführen sind.

Aus den Ergebnissen heben wir die folgenden heraus. Die Zahl der statistisch erfassten Zimmerer betrug 67 432 im Jahre 1906; von der Gesamtzahl waren 46 538 organisiert, im Jahre 1911 wurden 90 845 Zimmerer (33 750 organisierte) gezählt, dann sank die Zahl der Zimmerer überhaupt, die der Organisierten stieg weiter auf 62 711, das letzte Jahr (1913) brachte einen Rückgang der Beschäftigten auf 73 612 und der Organisierten auf 54 180.

Table with 3 columns: Year (1911, 1912, 1913) and categories: Zimmererbetriebe, darin beschäftigte Zimmerer, gemischte Baubetriebe, darin beschäftigte Zimmerer, Betonbetriebe, darin beschäftigte Zimmerer, andere Betriebe, darin beschäftigte Zimmerer.

Auch in diesen Angaben machen sich die Wirkungen der Krise bemerkbar. Die reinen Zimmererbetriebe und die gemischten Baubetriebe litten stark darunter. Trotzdem zeigt sich eine Ausdehnung der letzteren Betriebsform auf Kosten der Zimmererbetriebe, die sowohl ihrer Zahl nach, wie auch mit Anteil der beschäftigten Zimmerer stark zusammen geschmolzen sind.

Aus dem weiteren Zahlenmaterial sei noch folgendes herausgestellt: Der durchschnittliche Stundenlohn für 64 853 im Jahre 1906 erfasste Zimmerer stellte sich damals auf 50,20 Pf., die Erhebung von 1913 ergab für 55 418 Zimmerer einen durchschnittlichen Stundenlohn in Höhe von 58,37 Pf.

Kleines Feuilleton.

Studentenhumor und Studentenrausch. In einer Zeit, in der Arbeiter wegen eines dummen Streiches gegen ein Dohenzollern-Denkmal mit furchtbaren Strafen belegt werden konnten, ist das Thema des sogenannten Studentenhumors ganz von selber aktuell.

Heutzutage habe niemand mehr Zeit, mit den fröhlichen fröhlich zu sein, meint der Artikel. Der moderne Student müsse darum bei Ausübung seines Wits darauf sehen, daß fernstehende Dritte nicht belästigt würden usw.

Die Staatsgefährliche Schwärmerei von ehemals ist durch ein geminnungstüchtiges Strebertum abgelöst, das gerade bei Jünglingen den Idealismus verlorren hat, haben ihn auch die Söhne auf der Universität abgelegt. Sie zogen mit gesenktem Blick in das denkbar höchste Phantasie-Land.

Der Alkohol blieb zwar. Da aber der rechte Geist der Gefeelligkeit und Freiheit fehlte, entartete auch das sorglose Wehern zum programmatischen Saufen. Reimt alles nur in allem! Der Spiritus ist verlogen und nur der schofte Sprit ist zurückgeblieben.

Der Wasserdurst in den Weltstädten. Unter den sengenden Sonnenstrahlen lechzen Mensch, Tier und Pflanze nach Labung. Es ist als wenn der Menschheit plötzlich die alte griechische Weisheit wieder zum Bewußtsein käme: Das Beste ist doch das Wasser! Ungeahnte Mengen Trinkwassers werden in die Regale gegossen, sei es,

werte Arbeit geleistet hat. Da in den letzten beiden Jahren vielfach lediglich mit Rücksicht auf die Krise die tägliche Arbeitszeit verkürzt worden ist, geben wir nur eine Gegenüberstellung der Verhältnisse in den Jahren 1906 und 1911. Sie liefert dieses Bild:

Table with 3 columns: Year (1906, 1911) and categories: Zahl der erfassten Zimmerer, davon arbeiteten mehr als 10 Stunden täglich, 10 Stunden täglich, weniger als 10 Stunden tägl.

Trotz der zu konstatierenden Fortschritte arbeitet demnach der weit überwiegende Teil der Zimmerer noch 10 Stunden und länger. Von der Verwirklichung der seit Jahrzehnten erhobenen Forderung des Achtstundentages ist man also noch weit entfernt.

Es erscheint notwendig, im gewerkschaftlichen Aktionsprogramm die Forderung der Arbeitszeitverkürzung stärker zu betonen, wie das mit erfreulicher Schärfe auf der letzten Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes geschehen ist und wie das mit besonderem Nachdruck die Zimmererorganisation beforzt.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes!

Bei der am 5. Juli stattgehabten Abstimmung ergab sich folgendes Resultat: Bei der Abstimmung über die Hausflüssigkeit sind abgegeben 17 290 gültige Stimmen, davon 6374 für und 10 716 gegen die Hausflüssigkeit. Die Hausflüssigkeit ist also abgelehnt.

Bei der Abstimmung über die Hausflüssigkeit sind abgegeben 17 290 gültige Stimmen, davon 6374 für und 10 716 gegen die Hausflüssigkeit. Die Hausflüssigkeit ist also abgelehnt.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! Der Streik der Former und Gießereiarbeiter der Firma Siemens u. Halske, Ronnenbamm, dauert ununterbrochen fort.

Lohnbewegung der Bau- und Arbeitsluischer.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Bau- und Arbeitsluischer nahmen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zu dem am 1. Juli laut Tarifvertrag fällig gewordenen Lohnrückzahlung. Otto Franke referierte. Von den 120 Arbeitgebern, die seinerzeit den Tarif durch Unterschrift anerkannten, hat nicht ein einziger den Tarif vollständig eingehalten.

Zu bemerken ist noch, daß unter den Unternehmern, die den Tarif nicht einhalten, auch solche sind, die städtische Arbeiten ausführen, so u. a. Taddert, Nicolai. Dabei ist bei städtischen Arbeiten ausdrücklich die Bedingung festgelegt, daß die bei der Stadt tätigen Unternehmer verpflichtet sind, die für die betreffende Gruppe tariflich geltenden Löhne zu zahlen.

Achtung, Dachbeder! Die Differenzen bei der Firma Puhlmann, Müllerstr. 14, sind zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten erledigt! Die Arbeit wurde am Montag, den 6. Juli, von allen dort Beschäftigten wieder aufgenommen.

Achtung, Fleischergefallen! Bei der Firma Hirschfeld in Weihensee, Charlottenburger Str. 145, Schmalzfabrik, ist ein schwerer Kampf ausgebrochen. Die Arbeiter der genannten Firma haben einen Tarifvertrag eingereicht. Als Antwort hat die Firma Hirschfeld die organisierten Gefellen, meistens Familienväter, ohne jede Kündigung entlassen. Ueber den Betrieb der Firma Hirschfeld ist die Sperre verhängt. Die Fleischergefallen mögen den Betrieb meiden.

Deutsches Reich.

Die Holzbildhauer in Götting hatten vor kurzem allen ihren Unternehmern Forderungen unterbreitet. In einer Sitzung der Prinzipale mit einer Kommission des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands wurde in den gepflogenen Verhandlungen eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Neben anderen Verbesserungen wurden zugestanden eine halb- bis einständige Arbeitszeitverkürzung, eine 10 proz. Lohnhöhung, Anerkennung der Stellenvermittlung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands, Ueberstundenzuschlag bis zu 30 Proz. und ein Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde.

Buchhandlungsgehilfen und Buchgewerbeanstellung.

Die bürgerlichen Buchhandlungsgehilfen haben die Fugra zum Anlaß genommen, allerlei Festlichkeiten zu veranstalten. Demgegenüber lenkt der Zentralverband der Handlungsgehilfen, als Organisation der freigewerkschaftlichen Buchhandlungsgehilfen, durch die sieben erscheinende Nr. 14 seiner Handlungsgehilfen-Zeitung die Aufmerksamkeit auf die soziale Notlage der im Buchhandel beschäftigten Angehörigen. Die als Sonderausgabe für die Fugra ausgearbeitete Handlungsgehilfen-Zeitung frucht zunächst die im April 1906 vor dem Reichstag für Arbeiterstatistik gepflogenen Verhandlungen über die Arbeitszeit in Kontoren wieder auf, durch die damals festgestellt wurde, daß gerade im Leipziger Buchhandel überaus lange Arbeitszeiten vorherrschend sind, daß die Leute wochenlang ohne genügende Mittagspause bis tief in die Nacht hinein zu arbeiten haben und am anderen Morgen wieder früh heraus müssen.

Die Anstellung verpflichtet auch zur Dienstleistung bei jeder anderen Firma in Leipzig, an der die anstellende Firma oder deren Inhaber beteiligt sind, bei besonderen Umständen auch zur Leistung von Diensten, für die der Angestellte nach diesem Vertrage nicht angestellt ist.

Das heißt, der Buchhandlungsgehilfe soll sich von vornherein zu Hilfsarbeiterdiensten verpflichten, wenn die Hilfsarbeiter streiken. Für solche Zumutungen finden die Unternehmer in Angestelltenkreisen leider noch immer Verständnis. Schrieb doch im vorigen Jahre ein vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband herausgegebenes Blättchen:

„Von einem Handlungsgehilfen muß man unbedingtere Zuverlässigkeit erwarten dürfen, als man sie bei einem Handels- hilfsarbeiter gemeinhin voraussetzt. Gott sei Dank haben die Handlungsgehilfen den Glauben an ihre Zuverlässigkeit auch noch für sich; das kann aber leicht anders werden, wenn sich die Fälle häufen, daß ein Handlungsgehilfe den Glauben an seine Zuverlässigkeit grob enttäuscht, indem er... anstatt seinen Prinzipal zu unterstützen, den streikenden Parteiführern seine Unterstützung leiht.“

Die Handlungsgehilfen müssen auch vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus bedenken, daß der Anschluß an einen ver-

langreiche Tätigkeit es in letzter Zeit entfaltet hat. Hunderte von Forschern in allen Ländern der Welt gehören dem Institut als korrespondierende Mitglieder an. Jeder von ihnen kann an die Zentralstelle Anfragen biologischer oder sozialer Charakters richten, die dann an den maßgebenden Sachmann weitergegeben werden. Dafür ist jedes Mitglied seinerseits verpflichtet, Fragen, die sein Spezialgebiet betreffen, zu beantworten.

Humor und Satire.

Er muß fliegen.

Jedes anständige moderne Land hat heute ein Flugzeug, wie bekannt. Daß so ein Ding in unrer Zeit unabwendbare Notwendigkeit, sah auch der Fürst von Albanien ein und sprach drum: „Flugzeuge müssen sein. Dann wird man ganz anders auf uns schauen. Also laßt uns ein Flugzeug bauen. Die Kosten, o Untertanen, beraupt ihr; meinen allerhöchsten Segen habt ihr!“ Doch ach, das albanische Kabinett sagte gelassen: „Dös gib's sei net.“ Und — dachte im Stillen als Begründung: „So'n Flugzeug ist ja 'ne häßliche Erfindung, aber Hoheit mögen sich doch begnügen, werden demnächst von selber fliegen!“

Notizen.

— Vorträge. Die großen außereuropäischen Ueberlandbahnen und Ueberlandbahnprojekte lautet das Thema des öffentlichen Vortrages, den Herr Dr. N. Hennig im Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte am Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, halten wird.

band, wie es der Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands ist, eine Stärkung des bedingungslos gegenseitlichen Standpunktes zur Prinzipalität, eine Schwächung des Vertrauens in die Zuverlässigkeit der Handlungsgehilfen, eine Untergrabung ihres gesellschaftlichen (sozialen) Ansehens bedeutet."

Aus dieser Sachprobe ergibt sich, wieviel Aufklärungsarbeit noch von den freigewerkschaftlichen Handlungsgehilfen geleistet werden muß. Möge die Sonderausgabe der Handlungsgehilfen-Zeitung den erhofften Nutzen stiften.

### Wahrung unter den Bergarbeitern des Bismarckreviers.

Es gärt unter den Bergarbeitern des Bismarckreviers. Der Schwelmer Bergwerksverein, der dort dominiert, geht in rigoroser Weise mit Lohnabzügen vor, trotzdem der Bergarbeiter des Bismarckreviers schon lange schlechtergestellt ist als der im Ruhrgebiet und der Schwelmer Bergwerksverein Riesenprofite macht. Die Lage der Bergarbeiter, die unter dem Schwelmer Bergwerksverein freunden, war von jeher eine schlechte. Schon im Jahre 1785 wohnten 300 Mann in Werkswohnungen. Der Knappschaftsdirektor Simon schrieb, daß damals ein schlimmes Truchbium herrschte, welches die Bergarbeiter zum Trunk verführte. Ein großer Teil der Kohlenbauer lebte in mißlichen Verhältnissen. An die Anschaffung eines erträglichen Nachtlagers wurde nicht gedacht, die Bergarbeiter schliefen auf den Platten des Zimmers.

Die Gesellschaft "Vereinigte Steinlohlenbergbau" des Bismarckreviers machte 1881 schon 10 Proz. Dividende und bezahlte ihren Arbeitern einen Lohn von 1,53 M. pro Schicht. 1889 hand der Lohn noch immer unter 3 M. und kam es auf den Jochen Rotberg, Anna, Marie am 13. Mai zur Arbeitsniederlegung. Am 18. Mai handen von 8860 Mann Belogenschaft 2465 im Streik. Auf den Schwelmer Jochen kam es zur Einigung. Auf den anderen dauerte der Streik bis in den Juni hinein. Im Jahre 1907 betrug der Durchschnittslohn der Bismarckrevierarbeiter 4,69 M. gegen 4,99 M. im Bezirk Dortmund. Ein Lohnunterchied von 30 Pf., der sich im Laufe der Jahre immer zunahm, wurde der Bismarckrevierarbeiter verschoben, so daß im ersten Vierteljahr 1914 der Durchschnittslohn im Bismarckrevier Dortmund (nördliche Reviere) 5,31 M. betrug gegen 4,88 M. bei Aachen. Der Dauerlohn stand im Bismarckrevier Dortmund im ersten Vierteljahr 1914 auf 6,32 M., bei Aachen 5,57 M. Dies sind die amtlichen Zahlen.

Da die Lohnreduzierungen immer härter werden (einzelnen Kameraden hat man bis zu 1 M. pro Schicht abgezogen), hat sich im Bismarckrevier eine Erörterung angefangen, die den Grubenbesitzern sagen sollte, nicht zu weit zu gehen. Die Profite der Schwelmer Bergwerksvereine sind derart, daß sich die Grubenbesitzer schämen sollten, den geringen Lohn des Bergmannes noch zu schmälern. Trotzdem vom Rohgewinn im Geschäftsjahre 1912/13 2 407 757 M. abgeschrieben wurden, die Beamtenbelohnungen (Prämien) 360 000 M. betragen und die Herren Aufsichtsräte für ihre "idonee" Arbeit die Kleinigkeit von 222 945 M. erhielten, blieb zur Verteilung an die Aktionäre noch eine Dividende von 10 Proz. oder 3 400 000 M. gegen 3 740 000 M. im Geschäftsjahre 1911/12. Die Gesamtzahl der Bergarbeiter bei Aachen betrug im ersten Vierteljahr 1914 15 610 Mann. Hätte man sich einmal damit begnügt, statt 2 407 757 M. nur eine Million abzuschreiben, dagegen die übrigen 1 407 757 M. zur Lohnaufbesserung verwandt, so hätte der Schwelmer Bergwerksverein den Arbeitern noch eine Lohnzulage geben können, statt rigorose Abzüge zu machen. Die "armen" Aktionäre hätten dabei immer noch die 3 800 000 M. Reingewinn unter sich teilen können. Die Bergarbeiter des Bismarckreviers sind sich einig, mit allen Mitteln jede weitere Verschlechterung ihrer Lage abzuwehren.

### Technikerstreit.

Bei der Maschinenbauanstalt Wilhelm Kallmann, G. m. b. H., in Barmer Lagerfeld ist am 1. Juli das gesamte, aus sieben Technikern bestehende Personal in den Ausstand getreten. Die Firma hatte bisher die an sich schon hohe Arbeitszeit von neun Stunden, wußte hieraus aber durch fortgesetzte Ueberstunden wochenlang eine zehnstündige zu machen. Weitere Differenzen entstanden aus den unregelmäßigen Urlaubverhältnissen, sowie durch eine unwürdige, zu täglichen Auseinandersetzungen führende Behandlung. Alle Bemühungen, auf gutem Wege eine Einigung zustande zu bringen, scheiterten an der Unzugänglichkeit der Geschäftsleitung, die nicht einmal zu einer Konferenz mit dem herbeigerufenen Vertreter des Berufsvereins der technischen Beamten Zeit fand. Die Techniker haben unter Innehaltung der gesetzlichen Frist gekündigt. Inzwischen hat einer der Hauptbeteiligten der Gesellschaft, ein Herr Gruhn, die Aeußerung getan, daß innerhalb der Fabrik gern ein halbes Jahr stillstehen könne. Die Frage ist nur, ob er bei dieser Meinung auch bleiben wird, wenn er sieht, daß die Angestellten sich durch solche Ankündigungen nicht einschüchtern lassen. Bisher ist es der Firma dank der Solidarität der Ingenieure nicht gelungen, sich die erforderlichen Ersatzkräfte zu beschaffen.

Die Chauffeure von Köln haben am 3. Juli einstimmig beschlossen, die Arbeit einzustellen. Ingesamt kommen 250 Chauffeure in Frage. Der Grund der Arbeitsniederlegung ist, daß die Unternehmer sich weigern, einen neuen Tarifabschluß mit einigen Verbesserungen vorzunehmen und den Chauffeuren als Angebot in mehreren Punkten des neuen Vertrages Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Arbeitsverhältnis anbieten. Die Situation liegt für die Chauffeure außerordentlich günstig, da der erhebliche Fremdenverkehr, sowie die Werkstundenausbeutung den Streikenden sehr zusetzen kommt. — Zugung ist daher von Köln streng fernzuhalten.

## Die Kreisgeneralversammlung des Wahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland

fund unter Beteiligung von 28 Delegierten, darunter 16 Vertreter der Kreisvereine und 12 Kreisfunktionäre am Sonntag, den 5. Juli, vormittags 11 Uhr, in Hennigsdorf statt.

Die Hennigsdorfer Arbeiterkammer verschönte die Versammlung am Anfang und später auch am Schluß durch Vortrag einiger stimmungsdoller Lieder.

Dem vom Vorsitzenden, Genossen Stahl-Spandau, erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Angaben: Leider ist es im Berichtsjahre mit der Organisation nicht recht vorwärts gegangen. Schuld hieran trägt einerseits die Krise, andererseits in einzelnen Orten auch eine gewisse Agitationsmüdigkeit. Trotzdem die Agitation der "Roten Woche" einen Gewinn von 543 männlichen und 138 weiblichen Mitgliedern brachte, ist der Mitgliederstand nur um 27 gestiegen. Er beträgt gegenwärtig 3383 Mitglieder (darunter 485 weibliche). Zur Agitation wurden 290 000 Flugblätter, 40 620 "Fadeln", 9760 Kalender, "Rätselbücher", "Liedblätter" und je 800 polnische und Schifferkalender verteilt. Der Stand der Presse ist als ungenügend zu bezeichnen. Die Agitation im Oktober 1913 und die "Rote Woche" verschaffte uns 616 neue Abonnenten. Ingesamt werden gelesen "Brandenburger Zeitung" in 2283 und "Vorwärts" in 1676 Exemplaren. Außerdem weist der "Wahre Jacob" 1072, die "Gleichheit" 48 und die "Neue Zeit" 12 Abonnenten auf. Erfreulich aber hat sich die Jugendbewegung entwickelt, trotz "nationaler" und "Hörschender" Vereine. In Spandau soll sogar ein eigenes Heim errichtet werden. Zurzeit bestehen 7 Jugendvereine. — Das Bildungswesen wird von 6 Ausschüssen gepflegt, die 16 Veranstaltungen trafen. Besonders Spandau hat in seinen Darbietungen Großartiges geleistet. Die Lokalpresse bereitet uns noch immer die größten Schwierigkeiten. In drei Orten, in denen wir Organisationen besitzen, ist es noch nicht gelungen, Säle für öffentliche Versammlungen frei zu bekommen.

Im ganzen Kreise stehen 20 große und 36 kleinere Versammlungsräume zur Verfügung. Die nach dem erfolgreich verlaufenen Lokalkampf in Spandau jetzt dort geltende Handhabung des Militärverbots nach sächsischen Grundätzen scheint den Gegnern doch arg im Magen zu liegen. Fest steht, daß der Bürgermeister die Militärbehörden zur erneuten Verhängung des vollen Verbots zu bestimmen versuche, um durch die damit verbundene wirtschaftliche Schädigung der Lokalführer der Sozialdemokratie die Säle wieder abzutreiben. — Die Gemeindevahlen zeitigten im ganzen Kreise scharfe Kämpfe bei ungünstigen Wahlzeiten. Ingesamt besitzt die Partei 21 Vertreter in 9 Orten. Die Stadtverordnetenwahlen brachten keine Veränderung im Bestanden der Partei. Wir besitzen jetzt fünf Mandate in zwei Städten. Bei der Landtagswahl gelang es trotz des Kriegsjahres, die Stimmenzahl um 599 — 16,2 Proz. zu steigern. Der Rassenbericht verzeichnet an Einnahmen 10 285,86 M., an Ausgaben 9000,99 M. und einen Bestand von 2802,04 M. Hier müße versucht werden, die Beitragsleistung besser zu regeln.

In der Diskussion wurden gegen die Tätigkeit des Vorstandes Einwendungen nicht erhoben. Allgemein aber wurde geklagt über mangelndes Interesse der Arbeiterschaft. Es müße der Versuch gemacht werden, diese Interesslosigkeit zu beseitigen und noch mehr als bisher die Agitation zu betreiben. Von Spandau wird erklärt, daß die vom Kreisvorstand demängelten hohen Kosten der Veranstaltungen des dortigen Bildungsausschusses zurückzuführen seien auf wirklich künstlerisch hochstehende Leistungen und im Interesse der Agitation nicht umsonst gebracht seien. — Ein Vorgang, der sich bei der Gemeindevahl in Kadow abgepielt hatte, bei der unser Genosse durch Hilfe der vom dortigen Partier abgegebenen Forensenstimmen gewählt wurde, weil dieser in dem Kandidaten einen nationalen und frommen Mann sah, führte zur Annahme folgender Resolution: "Die Kreisgeneralversammlung beschließt den Programmgrundsatz, daß jeder Parteigenosse in der Wahl des religiösen Bekenntnisses vollständig frei ist. Sie empfiehlt aber den Parteigenossen, sich an den Kirchenwahlen nicht zu beteiligen und keinen Kosten in der Kirchenverwaltung anzunehmen, weil die Arbeiterschaft auf diese Weise keinen Einfluß ausüben und weil sie vor allem keine Verantwortung für die preussische Kirchenpolitik tragen könne." — Stadt-Potsdam begründet einen Antrag: "Dem § 17 Abs. 1 des Organisationsstatuts folgenden Zusatz zu geben: 'Erst bei Wahlverein aus irgendwelchen Gründen Extrabeiträge, so ist hierzu die Genehmigung des Kreisvorstandes einzuholen; über diese Extrabeiträge ist ebenfalls dem Kreisvorstande Rechnung zu legen.' Er führt zur Begründung aus: Es müße dafür gesorgt werden, daß dem Kreisvorstand in Zukunft die Möglichkeit bleibe, zur Aufbringung notwendiger größerer Mittel eventuell die Beiträge zu erhöhen. Das werde aber erst dann, wenn einzelne Vereine (wie Spandau) für eigene Bedürfnisse Extrabeiträge erheben. Der Antrag wurde angenommen. Ferner wurde ein Antrag Spandau angenommen: "Die Kreisgeneralversammlung wolle beschließen, um eine bessere Finanzierung der Kasse herbeizuführen und um den Mitgliederbestand zu halten und zu heben, die Hauskassierung in sämtlichen Orten des Kreises sofort einzuführen?" Ebenso erfolgt die Annahme des folgenden Antrages: "Wenn bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit die Beiträge erlassen werden, so sind auch die Frauen dieser Genossen, soweit sie organisiert sind, von der Beitragspflicht befreit."

Beim Punkt Presse erluhrt der Genosse Stahl-Potsdam, die Finanzen der Presse durch erweiterte Tätigkeit zur Gewinnung neuer Abonnenten und Ueberweisung von Inseraten und sonstigen Druckaufträgen zu stärken.

Bei Punkt 5: Stellungnahme zur Provinzialkonferenz und Wahl der Delegierten, erläuterte der Vorsitzende, Genosse Stahl, kurz die Tagesordnung der Konferenz.

Als Delegierte werden sodann gewählt die Genossen Wibecki und Pieper, Spandau, Roloff, Velten, Stadt-Potsdam, Lehmann, Martwig und Bendig, Hennigsdorf. Ueber das Thema "Der Parteitag in Würzburg" referierte sodann der Abgeordnete des Kreises, Genosse Karl Liebknecht. Von der reichhaltigen Tagesordnung des Parteitages seien besonders einige Punkte von besonderer Wichtigkeit. Den Vorträgen, die die Kasse der Charakter der Arbeiterschaft zu entwickeln, müße entschieden entgegengetreten werden. Wir haben nicht nötig, etwas Reibendes abzuschaffen; vielleicht sei auch gerade die kommende Zeit des Kampfes auf politischem Gebiete dazu angetan, den Gedanken der Parteiführer in besonderer Weise zu heben. Aus diesem Grunde bitte er auch, einen in dieser Frage vorliegenden Antrag Velten abzulehnen.

Bei dem Punkt "Militärnot und Demokratie", der offensichtlich aus Anlaß der bekannten Jüdischen Vorgänge auf die Tagesordnung gesetzt sei, wird zu untersuchen sein, in welcher Form den Annahmen des militärischen Despotismus, der sich über die Verfassung hinwegsetze, zu begegnen sei. — Weitere wichtige Fragen seien die der Arbeitslosenversicherung und die der gesamten Wirtschaftspolitik (Zoll- und Steuerpolitik, Sozialpolitik, Handelsverträge). Gegenüber dem Gedröck der Junter nach dem lückenlosen Jollitaris müße im Interesse der trotz erhöhter Löhne verschlechterten Lebenshaltung der Arbeiter nach Mitteln gesucht werden, um beim Ablauf der Handelsverträge diese im Interesse der weitesten Volksmassen zu gestalten. — Die Koalitionsrechtliche erfordere ebenfalls größte Aufmerksamkeit. Hier werde der Parteitag in Rücksicht auf die bis in die Reihen des Preisnins hinein vorhandenen Absichten der Rechtsbescheidung und der Verschärfung der Strafbestimmungen Mittel und Wege suchen müssen, allen Anschlägen der geeinigten Reaktion entgegenzutreten. — Beim Bericht der Fraktion dürfte die sogenannte "Eitelkeitsfrage" des Kaiserhochs eine seiner Ansicht nach eigentlich überflüssige Rolle spielen. Er hoffe aber, daß trotz aller Unkenntnis aus der Partei diese Taktik beibehalten werde und ziele aus dem Geheiß der Gegner nur die Folgerung, daß die Fraktion das Richtige getroffen habe. — Auch die Frage des Rassenstreiks werde erneut geprüft werden müssen, was nach den Provokationen der Rede des Ministers v. Loebell dringend notwendig sei. Es handle sich hier um die Befreiung des ganzen Reiches von den Fesseln der preussischen Juntermacht und es gelte, gerichtet zu sein und sich damit vertraut zu machen, daß dieses letzte Mittel einmal angewendet werden müsse. (Stürmischer Beifall.) Zum Schluß unterbreitete der Referent der Versammlung folgende Resolutionen:

1. "Die Kreisgeneralversammlung billigt die Haltung der Reichstagsfraktion in der Frage des Kaiserhochs und erachtet es als selbstverständlich, daß die Fraktion auch für die Zukunft bei dieser Haltung verbleibt."

2. "Die Kreisgeneralversammlung hält daran fest, daß die Ausrottung des Dreiklassenwahlrechts und die Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen die zentrale Frage der inneren Politik und eine der bedeutungsvollsten Fragen auch der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches ist. Sie erachtet nach wie vor die Fortführung und Steigerung des Wahlrechtskampfes als eine wichtigste Aufgabe der Arbeiterschaft."

Sie wiederholt die einmütige Parole des Jenaer Parteitages: Entweder das demokratische Wahlrecht für Preußen oder der Rassenstreik. Die Kreisgeneralversammlung erwartet, daß die Partei alles in ihren Kräften Stehende tut, damit die Arbeiterschaft gerettet dastehe. Sie erachtet die Genossen, den Gedanken des Rassenstreiks und den Willen zum Rassenstreik mit unermüdlichem Eifer zu propagieren."

Nach kurzer Diskussion, in der sich Genosse Stahl-Spandau gegen die Rassenstreikresolution ausspricht, erfolgt Abstimmung. Die erste Resolution wird einstimmig, der erste Absatz der zweiten ebenfalls einstimmig, der zweite Absatz gegen wenige Stimmen angenommen. Annahme findet auch der Antrag Velten: "In Erwägung, daß eine wirkliche Parteiführer am 1. Mai, wenn dieser auf einen Wochentag fällt, nicht möglich ist, in fernerer Erwägung, daß über das Rubenlassen der Arbeit am 1. Mai vielfach Unreinigkeit in die Reihen der organisierten Arbeiter getragen wird, wolle der Parteitag beschließen, die Parteiführer am 1. Sonntag im Mai abzuhalten."

Als Delegierte zum Parteitag werden sodann gewählt: Stahl-Spandau und Dolibois-Hennigsdorf. Als Ersatzmann gilt Stahl-Potsdam.

Es folgt die Beratung einiger weiterer Anträge. Ein Antrag Hennigsdorf, der auf Kosten des Kreises einen Lichtbildapparat zur Unterstützung der Bildungsvereine anzuschaffen ersucht, wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß dieser Wunsch sich durch den Zentralbildungsausschuss verwirklichen lasse. — Ein Antrag Spandau: "Die Entscheidung für die Hauskassierung ist einstimmig zu regeln und auf 5 Proz. festzusetzen", wird angenommen.

Die Wahlen zum Kreisvorstand ergeben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes per Affirmation. An Stelle des ausgeschiedenen früheren 2. Kassierers, Genossen Salzwedel, wird der Genosse Strohke-Spandau gewählt. — Als Kassierer gelten die Genossen Paris-Velten, Lehmann-Martwig und Roloff-Potsdam. — Als Obmann des Bildungsausschusses wird Genosse Jahnke-Spandau und als solcher des Jugendauschusses Dolibois-Hennigsdorf wiedergewählt. — Die Geschäfte des Obmanns der Lokalkommission werden dem Vorsitzenden Genossen Stahl-Spandau übertragen. — Als Prekommissionsmitglieder werden gewählt die Genossen Dolibois-Hennigsdorf, Funder-Velten und Stahl-Potsdam.

Als Ort der nächsten Kreisgeneralversammlung wird Velten gewählt.

Um 8 Uhr abends schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

## Soziales.

### Wie man die Wohnungsnot löst.

In Essen, wo der Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen, wie wir kürzlich mitteilten, auf 0,9 Proz. gesunken ist, hat die Stadt verschiedene kinderreichen Familien Unterkunft in einem alten städtischen Hause gewährt, weil die Leute für Geld und gute Worte keine Wohnung finden konnten. Als die Familien nach einigen Monaten immer noch keine andere Wohnung hatten (wer nimmt Mieter, die bis zu acht Kindern haben!), sandte die Stadtverwaltung folgende Aufforderung:

Seit Anfang April d. J. sind Sie wohnungslos. Die Armenverwaltung hat Ihnen deshalb vorübergehend Unterkunft im Hause . . .straße verschafft. Bis zum 1. Juli d. Js. haben Sie sich eine neue Wohnung zu verschaffen, andernfalls das Strafverfahren auf Grund des § 361 R.-Str.-G.-B. eingeleitet wird. Die angezogene Stelle lautet: "Wer nach Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen der ihm von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat und auch nicht nachweisen kann, daß er solches ungeachtet der von ihm angewandten Bemühungen nicht vermocht habe, wird mit Haft bestraft."

Hiernach haben Sie also bis zum 30. Juni die jetzige Unterkunft zu räumen und im Weigerungsfalle die Folgen sich selbst zuzuschreiben.

### Der Oberbürgermeister.

#### Unterschrift.

Am 22. Juni wurde mit Abbruch des Hauses gedroht. Am 1. Juli sahen die 8 Familien mit 26 Kindern natürlich noch in dem Hause, da sie beim besten Willen andere Wohnungen nicht finden können und die Stadt die bei ihrem Grundbesitz vorhandene Möglichkeit zur selbständigen Errichtung von Kleinwohnungen nicht ausnützt.

Der vom Abgeordnetenhaus entsendeten Wohnungscommission machte die Behörde aber die rofigsten Schilderungen über die dortigen Wohnungsverhältnisse.

### Vollstufzorge in der Schweiz.

Die in Bern stattgefundene Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine hat einstimmig grundsätzlich die Gründung einer Genossenschaft oder Aktiengesellschaft für den Betrieb der Volksversicherung beschlossen. Verwaltungskommission und Aufsichtsrat des Verbandes erhielten den Auftrag, die Vorarbeiten für die Errichtung einer Volksversicherungsanstalt zu treffen und einer nächsten Delegiertenversammlung eine bezügliche Vorlage zur definitiven Gründung zu machen.

Das Beispiel der deutschen Arbeiterschaft mit der "Vollstufzorge" wird also bald in der Schweiz praktische Nachahmung gefunden haben.

## Berichtszeitung.

### Wenn man zu lebhaft träumt.

Eine "gruselige" Moritat, die in ihren Einzelheiten an die Ric-Carter- und Sherlock-Holmes-Geschichten erinnert, spielte in einer Verhandlung eine gewisse Rolle, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt die 1. Strafkammer des Landgerichts I beauftragte.

Angeklagt wegen Urkundenfälschung bzw. Beleidigung waren der Handlungsgehilfe Waldemar Benide, die 63jährige Frau Mathilde Brandt und deren Tochter Elisabeth Fachndrich. Die in einem Hause der Elisabethstraße wohnhafte Frau Brandt, welche die Hauptrolle in dieser Tragödie spielt, glaubte ein Erlebnis, das sie wohl geträumt hat, erlitten zu haben. Nach ihrer Darstellung will sie im August in der Rittersnachtsstunde einen gräßlichen Schrei, der von einem Ranne herriehre und "dampf ausstrahlte", wahrgenommen haben. Diefem Schrei sei ein dumpfer Fall gefolgt. Da sich in dem Hause eine Schankwirtschaft mit Damenbedienung befand, in der es schon öfter zu heftigen Szenen gekommen sei, habe sie sofort angenommen, daß dort ein Mann ermordet, ausgeraubt und in dem bisher unbenutzten Keller verdrückt worden sei. — Diefes nächtliche Abenteuer erzählte die alte Frau ihrer Tochter und diese wiederum dem bei ihr wohnhaften Angeklagten Benide. Benide setzte auf Anraten der beiden Frauen eine Anzeige an die Kriminalpolizei auf, die er aber vorsichtshalber mit dem Namen "Otto Walthur" unterzeichnete.

Am nächsten Morgen herrschte in dem betreffenden Hause der Elisabethstraße große Aufregung. Dort erschien die Morbidkommission mit mehreren Kriminalbeamten. Der Keller, in welchem die "Leiche" verdrückt sein sollte, wurde einer genauen Durchsichtigung unterzogen, die Wohnung des Schankwirts wurde durchstöbert, aber gefunden wurde nicht das geringste Verdächtige. Die ganze Morbidgeschichte stellte sich schließlich als das, was sie tatsächlich war, heraus, nämlich ein Phantasiegebilde. Als Verfasser des Briefes wurde Benide ermittelt. Er und die beiden Frauen mühten auf die Anklagebank, da in dem Briefe an die Kriminalpolizei ganz offen der Verdacht ausgesprochen war, daß der Schankwirt und der Hausverwalter, ein Postbote Freitag, als "Mörder" in Frage kämen.

Das Gericht beurteilte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, Benide wegen Urkundenfälschung, begangen durch die falsche Unterschrift, und Beleidigung zu 5 Tagen Gefängnis, und die beiden Frauen wegen Beleidigung zu je 50 M. Geldstrafe.

### Ansichtskartenverkauf in einer Gastwirtschaft.

Die für Restaurateure nicht unerhebliche Frage, ob Ansichtspostkarten im Lokal am Sonntag während der Zeit verkauft werden dürfen, in der andere offene Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, gelangte dieser Tage in einer Anklagesache gegen einen Restaurateur aus Osnabrück zur Entscheidung vor dem Kammergericht.

Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben. Es sei ordentlich, in Gastwirtschaften auch Sonntags während des ganzen Tages Ansichtspostkarten zu verkaufen. Es handle sich um einen

Ausflug des Gastwirtsbetriebes. Im übrigen habe er an dem Sonntage in seiner Gastwirtschaft ein Konzert veranstaltet und ein Interesse daran gehabt, die Unkosten für das Konzert durch den Erlös aus dem Ansichtskartenverkauf zu vermindern.

Die Strafkammer in Osnabrück verurteilte jedoch den Angeklagten wegen Uebertretung der Vorschriften über die Sonntagruhe. Sie nahm an, daß es sich bei dem Kartenverkauf hier um ein selbständiges Gewerbe handle, das nicht als Ausfluß der Gastwirtschaft anzusehen wäre.

Das Kammergericht hob dieser Tage auf die Revision des Angeklagten die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es wäre unter Umständen sehr wohl möglich, den Ansichtskartenverkauf in einer Gastwirtschaft als Ausfluß des Gastwirtsbetriebes anzusehen, so daß in solchem Falle der Gastwirt hinsichtlich dieses Verkaufs nicht an die Vorschriften über die Sonntagruhe gebunden wäre. Nach den Feststellungen des Vorderrichters scheine Angeklagter die Ansichtskarten verkauft zu haben, um die Unkosten seiner Musikveranstaltungen zu vermindern. Wenn das der Fall wäre, dann würde schon damit ein Zusammenhang mit dem Gastwirtsbetriebe gegeben sein, und zwar derart, daß der Kartenverkauf als Ausfluß des Gastwirtsbetriebes anzusehen wäre. Zur Nachprüfung der tatsächlichen Verhältnisse und anderweiter Entscheidung müsse die Sache an die Vorinstanz zurück verwiesen werden.

#### Der Wachtmeister als Erzieher.

Vor der Strafkammer in Lübeck hatte sich am Sonnabend der frühere Signalmaat Emmerlich wegen schwerer Mißhandlung von Böglingen des Schulschiffes „Großherzog Friedrich August“ zu verantworten.

Emmerlich war Wachtmeister auf dem Schulschiff und unter seiner Leitung sollte der Nachwuchs für die Marine herangebildet werden. Wie das geschah, zeigt folgender Vorfall, der sich am 14. Juni zutrug und der den sauberen Wachtmeister vor die Schranken des Gerichts brachte. Als an diesem Tage das Schiff bei Christiansburg lag, nahm E. zunächst ein größeres Quantum geistiger Getränke zu sich und dann ging er abends in die Schlafräume der Schiffsjungen, in denen es nicht sehr leise hergegangen sein soll und in denen auch keine besonders angenehme Atmosphäre vorhanden war. Er fragte nach dem Urheber der Heiterkeit, die er bemerkt hatte, und als dieser nicht zu finden war, ließ er die Jungen mit ihrer Hängematte antreten, um sie so zu schinden, wie er es angeblich bei den Divisionsmatrosen gesehen hatte. Wer nicht rasch genug aus der Hängematte aufstand, wurde einfach hinausgeworfen, so daß er aufs Deck fiel. Besonders die Schiffsjungen Spatz, Borgstedt und Both wurden gepeinigt. Borgstedt, der eben am Einschlafen war, wurde, nachdem man ihn hinausgeworfen hatte, vor die Brust und mit der Faust unters Kinn gestoßen; dasselbe Schicksal erfuhr Both, der obendrein noch Fußtritte in die Seite erhielt. Dann sollten die Leute — es war am Sonntagabend — bis 12 Uhr exerzieren. Und wie barbarisch das geschah, das zeigen die vor dem Gericht erörterten Folgen. Die jungen Leute mußten die Hängematten aufrecht in den Händen halten, dann die Hängematten fallen lassen und sich dann mit den Händen auf dem Rücken auf den Boden werfen. 25 bis 30 mal mußte diese Prozedur wiederholt werden und sie hätte noch keinen Abbruch gefunden, wenn nicht mehrere der so Mißhandelten zusammengebrochen und zwei sogar in Lebensgefahr geraten wären. Der eine von ihnen war nicht weniger als zwei Tage bewußtlos im Spital. Durch den Schiffsoffizier Ehlers als Zeugen wurde bestätigt, daß an den Mißhandelten förmlich Wiederbelebungsversuche gemacht werden mußten, da der Atem und die Herzstätigkeit zeitweise ganz aussetzten. Auch der Arzt bestätigt, daß die Wiederherstellung der Gepeinigten, bei denen sich nachher noch Weinkrämpfe einstellten, sehr schwierig war.

Der Staatsanwalt bezeichnete die Taten des Emmerlich, der sofort seines Postens enthoben und bei der Ankunft des Schiffes in Travemünde verhaftet wurde, als

gemeine Soldatenmorderei; er beantragte 9 Monate und 6 Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf 7 Monate Gefängnis.

Wenn auch die Schulschiffe nicht direkt zur Kriegsmarine gehören, so erhalten sie doch vom Staat und von Gemeinden recht erhebliche Zuwendungen, weil sie ja doch gewissermaßen die Vorschulen für die Marine sind. Daß der Drill und die damit vielfach verbundenen Schindereien dort nicht fehlen, zeigte die Lübecker Verhandlung.

## Aus aller Welt.

### Ein Lustmord.

Ein bestialisches Verbrechen ist am gestrigen Montagvormittag in der Nähe der kleinen märkischen Ortschaft Briesen in der Mark verübt worden. In einem Waldstreifen, etwa drei Kilometer hinter dem Dorfe, wurde gegen 10 Uhr morgens die 73jährige Witwe Johanna Wegland aus Briesen mit durchschüttelter Kehle tot aufgefunden. Die Greisin, die seit vielen Jahren in Briesen wohnt, pflegte seit dem vor einigen Jahren erfolgten Tode ihres Mannes fast täglich nach dem nahen Jakobsdorf zu gehen, wo mehrere Verwandte, darunter eine verheiratete Tochter, wohnten. Auch am gestrigen Montagmorgen hatte sich Frau W. auf dem Weg gemacht und war unterwegs von einigen Feldarbeitern, die sie kannten, begrüßt worden. Kurz vor 10 Uhr vormittags vernahm nun diese Arbeiter, die auf einem Felde beschäftigt waren, Silberfische, die aus einem in der Nähe belegenen Gehölz an der nach Jakobsdorf führenden Chaussee herkommen. Die Arbeiter vermuteten sofort, daß der alten Frau, die kaum eine Viertelstunde vorher an ihnen vorbeigekommen war, ein Unfall zugestoßen sei und eilten schnell zu Hilfe. Zu ihrem Entsetzen fanden sie die Greisin hinter einem etwa halbmansshohen Gebüsch, wenige Meter von dem Wege entfernt, in einer großen Blutlache liegend und nur noch ganz schwache Lebenszeichen von sich gebend auf. Der Greisin war die Kehle fast völlig durchschnitten worden und nach wenigen Augenblicken erlag die Bedauernswerte der furchtbaren Verletzung. Da die Arbeiter hier nicht mehr helfen konnten, unternahm eine Streife durch das Gehölz und stießen auch bald auf einen kaum 20jährigen vollkommen aussehenden Burischen, der bei der Annäherung der Männer die Flucht ergriff. Die Arbeiter verfolgten den Flüchtling, der mit einem offenen langen Messer drohte, konnten ihn jedoch nicht mehr einholen und gaben deshalb die aussichtslos erscheinende Verfolgung auf, um die Behörden zu benachrichtigen. Der stellvertretende Amtsvorsteher von Briesen verständigte seinerseits sofort telephonisch die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. O. und ließ dann die Umgebung der Mordstelle stundenlang absuchen, jedoch vergeblich.

Die vorläufigen behördlichen Ermittlungen haben ergeben, daß es sich zweifellos um einen Lustmord handelt. Frau Wegland trug keinerlei Wertgegenstände, auch kein Geld bei sich. Der Täter, wahrscheinlich ein Landstreicher, hat offenbar versucht, die alte Frau zu vergewaltigen, hat aber anscheinend das Sittlichkeitsverbrechen nicht ausführen können, weil die sehr rüstige Frau ihm erbitterten Widerstand leistete. Mehrere Umstände lassen wenigstens auf einen Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer schließen.

Gegen Mittag erschien eine Gerichtskommission aus Frankfurt a. O., die an Ort und Stelle den Tatbestand aufnahm und die Mordstelle und deren Umgebung photographieren ließ. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Friedhofshalle in Briesen gebracht, wo morgen durch den Kreisarzt die Obduktion erfolgen soll. Auch im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends wurden die Nachforschungen nach dem Mörder durch Gendarmen und Ortsbewohner fortgesetzt, bisher konnte jedoch keine Spur von dem Täter entdeckt werden. Die Nachforschungen werden dadurch erschwert, daß die Arbeiter, die den Täter zuerst verfolgt haben, keine genaue Beschreibung von dem Mordbuben geben können.

### Ein französischer Blaubart.

Paris, 6. Juli. Eine mysteriöse Affäre nach dem Muster des Götterdramas Hopf aus Frankfurt a. M. beschäftigt augenblicklich die Siderheitsbehörden von Toulouse. Ein angesehener Apotheker, Edmond Martin, der seit 20 Jahren in einem Vorort von Toulouse ansässig war, ist plötzlich unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, seine Mutter, seine erste und seine zweite Frau sowie eines seiner Kinder vergiftet zu haben. Diese ungeheuerlichen Verbrechen Martins sollen durch einen entlassenen Angehörigen der Polizei veranlaßt worden sein. Martin verheiratete sich 1895 zum erstenmal und verlor seine Gattin drei Jahre später. Im selben Jahr starb die Mutter Martins und ein Jahr später das Kind aus seiner ersten Ehe. 1900 heiratete er zum zweitenmal. Seine zweite Frau starb 1907 gleichfalls nach kurzer Krankheit. 1911 erfolgte eine dritte Heirat. Seine jetzige Frau, die bisher stets gesund war, hat jetzt häufig Krankheitsfälle zu überleben. Ähnlich wie Hopf hat auch Martin das Leben seiner Frauen bei den Versicherungsgesellschaften mit beträchtlichen Summen versichert.

### Kleine Notizen.

Von der Eisenbahn überfahren. Auf dem Uebertwege am Ende des Bahnhofes Sandersleben wurden gestern morgen gegen 10 Uhr 20 Minuten von dem von Tetschdorf einkehrenden Personenzug zwei Frauen, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte, überfahren und sofort getötet. Die Ursache ist in zu frühzeitigem Öffnen der Wagengänge zu suchen.

Erstickten hat der 33jährige wandernde Schmitzgefelle Hermann Franke aus Bohmisch ohne erkennbare Veranlassung in der Herberge zur Heimat in Driburg mit einem Jagdgewehr den bei seinem Bruder, dem Herbergswirt, zu Besuch weilenden Leinwäcker einer überseeischen Mission Joseph Weiskamp, einen gebürtigen Driburger. Der Täter wurde verhaftet.

Beim Baden ertrunken. Im Dorfteich des Ortes Trochhammer bei Gleiwitz fanden gestern vormittag zwei Arbeiter beim Baden ihren Tod. Nach schwerer Rube ist es gelungen, die beiden als Leichen aus dem Wasser zu ziehen.

Zusammenstoß zweier Personenzüge. Auf der Strecke der Bismarck-Lokalbahn ereignete sich, wie aus Warschau gemeldet wird, ein schwerer Zusammenstoß zweier Personenzüge, wobei zwölf Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht bekannt.

Wöchentliche Marktberichte der holländischen Marktstellen über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit) Montag, den 6. Juli. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Markt: Ochsenfleisch Ia 70—82, da Ia 66—69, da IIIa 57—66; Bullenfleisch Ia 68—74, da Ia 62—66; Rube, fett 45—56, da mager 35—45, Pfeffer 60—65, da, hoch 50—60; Bullen, dünn 40—60. Kalbfleisch: Doppelpender 110—130; Marktälber Ia 86—98, da Ia 72—82; Rälber gr. 42—58. Gammelfleisch: Rastlamm 88—90; Gammel Ia 75—87, da Ia 67—74, da austral. —; Schafe 74—78. Schweinefleisch 51—55. — Eier: Landeier Schod 3,50—3,80; Trünteier 4,00—4,30. — Butter: Marktbutter per 50 kg 90—105; Landbutter 80—90. — Gemüse: inländisches: Koharber, Hamb. 100 Bund 0,00—0,00, da, fleischer 2,00—2,25; Kartoffeln, magnum bonum 50 kg 4,00—4,25, Böhlmann 3,50—3,75, runde, weiße 3,50—3,75, Dabersche 3,75—4,00, neue weiße 5,00—5,75, da, Rosen 4,00—5,00, da, Magdeburger 6,00—6,50; Porree, Schod 0,75—1,00; Spinat 50 kg 5,00—7,00; Schoten 3,00—10,00; Mohrrüben, Schodband 1,00—1,20; Champignon 50 kg 30,00—35; Röhrlaub, Schod 0,50—1,00; Birngelb, fleischer, Schod 4,00—7,00; Blumenkohl, Erharter 100 Stück 6,00—20,00; Petersilien, Schod 3,50—12,00; Petersilienwurzel, neue, Schodband 1,00—2,00; Rabbikohlen 0,50—0,75; Salat, Schod 1,00—2,00; Zwiebeln, Schodband 0,70—1,00, da 50 kg 13—14; Tomaten 50 kg 28,00; Pfefferlinge 30—40; Ruffbohnen 50 kg 10,00—12,00. Ausländisches: Kartoffeln, Janar 50 kg 12,00—14,00, da, Ralla, neue 10,00—13,00, da, ital. lange, neue 6—12,00, da, italienische runde, neue 5,00—8,00, da, ungarische 4,00—6,00, Tomaten kanarische, Riste 0,00, da, italienische 50 kg 4,00—14, —, da, französische 8,00—12,00; Blumenkohl, holländischer Ia 100 Stück 15,00 bis 22,00, da, Ia 0,00—0,00; Zwiebeln, spanische 50 kg 18,00, da, ital. 0,00—0,00; Gurken, holl. 100 Stück 5,00—11,00, da, Einlage, bel. Schod 2—2,50; Bohnen, grüne, ital. 50 kg 14,00—20,00, da, französische 0,00 bis 00,00, da, ital. Bentele ca. 5 kg 1,40—2,20, da, ung. Bentele 1,00—2,00. Backbohnen, italienische 50 kg 0,00—0,00. — Obst und Gemüse: Äpfel, holl. 50 kg 7,00—11,00, schlesische 7,00—14,00, Berberische 10,00—15,00, holländ. saure 14,00—18,00, ung. Ratten 10,00—25,00, Äpfel, australische, Riste 6,00—14,00; italienische, 50 kg 10,00—20,00; Birnen, italienische, 50 kg 10,00—22,00. Erdbeeren, holländische, 50 kg 15,00—22,00, Berberische 10,00—20,00, fleischer 15,00—25,00, Hamburger 20,00—30,00, Waldbeeren 50,00—60,00; Stachelbeeren, unref., holl. 8—9, da, holländ. 8,00; reife, holl. 10—16; Himbeeren, 50 kg 18—22; Johannisbeeren, fleische 50 kg 10,00—15,00; Blaubeeren 20,00—26,00; Aprikosen, ital. 24,00—28,00, franz. 20,00—36,00; Pfirsche, ital. 20,00—30,00; französische 20,00—40,00; Pfäumen, italienische 10,00—25,00; Nüßeln, italienische 10,00—14,00; Bananen, Jamaika 14,00—16,00, kanarische 15,00—18,00; Erdnüsse 28,00—30,00; Ananas 70,00—85,00; Zitronen, Messina 300 Stück 8,00—12,00, Messina 300 Stück 7,50—11,00, Messina 100 Stück 6,00—10,00.

### Todes-Anzeigen

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine geliebte Frau, unsere bergensgute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

#### Martha Zabel

geb. Heule am Sonnabend, den 4. Juli, nach kurzem, schwerem Krankenlager verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuföhner Friedhof, am Mariendorfer Weg statt.

Im Namen der Hinterbliebenen  
**Paul Zabel,**  
Neuföhner, Pflegerstr. 60.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 4. Juli verstarb unsere Parteigenossin

#### Martha Zabel

Pflegertstraße 60, 3. Bezirk. Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuföhner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am 5. Juli verstarb unser Parteigenosse

#### Albert Wurbs

Leffingstraße 33, 19. Bezirk. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuföhner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Um rege Beteiligung erucht  
Der Vorstand.

Sonntagmorgen 4 1/2 Uhr entfiel nach kurzem Krankenlager mein geliebter Mann, unser guter Vater, Schwelgerwater und Großvater

#### Albert Wurbs

im 63. Lebensjahre.

Ramens der Hinterbliebenen  
**Johanna Wurbs.**  
Neuföhner, Leffingstr. 33.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle Mariendorfer Weg aus statt.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Militär-, Schneider, Kollege

#### Ferdinand Reiher

am 3. Juli im 36. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in Weihensee aus statt.  
163/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden zur Nachricht, daß meine liebe Frau und gute Mutter

#### Luise Kramer

geb. Hanske am 5. Juli nachmittags 5 Uhr nach langem schweren Leiden (mit entfallen ist. 26388

Dies zeigen bekräftigt an  
**Paul Kramer** nebst Tochter.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Plötz-Gemeinde, Rorden, aus statt.

Am Sonntagnachmittag 3 Uhr entfiel nach langem, schweren Leiden unser insighgeliebter Sohn und Bruder

#### Karl Klemp.

Dies zeigen schmerz erfüllt  
**Johann Klemp und Frau**  
nobert Geschwister, Giltshiner  
Straße 55. 36296

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, nachmittags 4 Uhr von der Halle des Simeon-Kirchhofes in Drib, Tempelhofer Weg, aus statt.

Am Montag, den 6. Juli, verschied nach schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau und gute Mutter

#### Anna Deskowski

geb. Schönsch im 56. Lebensjahre.

In tiefer Trauer  
**Hermann Deskowski**  
**Paula Deskowski.**  
Berlin, Remeler Straße 90.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes aus statt. 26395

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Nachruf. Den Mitgliedern gehen wir hiermit Nachricht vom Tode des pensionierten Kollegen

#### Franz Knobloch

(früher Berliner Wasserwärter). Die Beerdigung erfolgte am Montag, den 6. Juli, auf dem Aufsehergehöft-Kirchhof in Weihensee.

Ehre seinem Andenken!  
35/4 Die Ortsverwaltung.

Von der Reise zurück (6/514

#### Dr. Freymann

Charlottenburg, Knobelsdorffstr. 4.

Dankagung. Für die liebevolle Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres unvergessenen Sohnes und Bruders

#### Johannes Schönborg

sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Schriftsteller Herrn Max Schütte, den Inhabern sowie Kollegen der „Rebell“-„Fortuna“, dem Sparverein und der Kolonie Langensfelde u. dem Deutschen Holzarbeiterverband unseren herzlichsten Dank.  
Die tiefbetraubten Eltern und Geschwister.

### Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. Spr. vorm. 9—8 ab. Sonnt. 9—11.

### Tod u. Teufel

Reichel's Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht fälschbar. Reiche 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50. Pf. und 1.50.

Reichel's Spezialpulver „Poudre Martial“, unschlagbar sicher zur Schwaben-Austräumung. Rad. 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50. Pf. und 75 Pf.

Totale restlose Vernichtung der Brut.

Reichel's Motten-Pulver, wahrlichend, fl. 75 Pf., 1,50 und 2,50. Pulver, unvergänglich, Rad. 50 Pf., 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50. Pf. und 75 Pf.

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Man laufe in den Drogerien, Apotheken und meide unmierliche Nachahmungen. Einzig echt nur mit Marke Tod u. Teufel.

Alleiniger Fabrikant Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Mpl. 4751-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

## Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin O, Rosenthaler Straße 11/12, Restaurant Schilling. Amt Norden, 2438.

Achtung! 50/1\*

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalinhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10<sup>1/2</sup>—1 Uhr mittags.

Rapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

N.B. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal weiß und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.



Krankenkassenkonferenz für Brandenburg

Der zweite Verhandlungstag, Montag, brachte ein nachträglich auf die Tagesordnung gesetztes Referat des Ministerialdirektors Geheimrat Dr. Kirchner über

Schul-Jahnpflege.

Referent sprach nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Vorstandsmitglied des Deutschen Zentralkomitees für Jahnpflege in den Schulen. Die Beobachtung, daß Jahnpflegearbeiten und Gehilfenleistungen schon im Kindesalter sehr häufig sind, und der Wunsch, hier beizutreten vorzugeben und diese Quelle zahlreicher Gesundheitschädigungen zu verstopfen, hat die Bestrebungen für Schul-Jahnpflege hervorgerufen. In größeren Städten sind Schul-Jahnpflege entfallen, die sich im Deutschen Reich jetzt schon in mehr als 100 Orten finden; für kleine Städte und für das Land empfiehlt es sich, die Schul-Jahnpflege durch einen von Ort zu Ort reisenden Jahnpflegebesorger zu lassen. Die Schul-Jahnpflege ist bisher privaten Vereinigungen überlassen worden, die höchstens von Städten und auch von Kreisen eine bare Unterstützung erhalten. Jetzt sollen auch die Krankenkassen dafür interessiert werden, für die allerdings eine frühzeitig einsetzende Schul-Jahnpflege von großer Bedeutung ist, da ja die Volksschulkinder die künftigen Arbeiter und Kassenmitglieder sind.

Jahnpflege Prof. Dr. Ritter ergänzte diese Ausführungen. Den Krankenkassen würden durch die Schul-Jahnpflege ungeheurer Geldverlust erspart. Die Landesversicherungsanstalt Berlin habe die Bedeutung dieser Arbeit anerkannt und im letzten Jahr dem Berliner Lokalkomitee für Schul-Jahnpflege 2250 M. gespendet. Auch von den Krankenkassen erwarte man jetzt Unterstützung.

Der Vorsitzende Simanowski-Berlin legte namens des Geschäftsführenden Ausschusses, der dieser Angelegenheit bereits nähergetreten sei, folgende Resolution vor:

„Die 11. Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg ersucht die Vorstände der ihr angeschlossenen Krankenkassen, sich mit den in dem Vortrage des Herrn Ministerialdirektors Prof. Dr. Kirchner gegebenen Anregungen in den Vorstandssitzungen zu beschäftigen und ihre Entschlüsse dem Vorstande der Krankenkassenvereinigung möglichst bald, spätestens aber bis zum 1. Januar 1915, mitzuteilen. Die nächste Konferenz der Freien Vereinigung soll zu der Angelegenheit endgültig Stellung nehmen.“

In der Diskussion stellte Guttsch-Berlin Ortskrankenkasse der Rechenitz bei, daß die Krankenkassen schon jetzt sehr viel mehr als die Landesversicherungsanstalten für die Jahnpflege aufzuwenden. Simanowski sprach die Hoffnung aus, daß die Landesversicherungsanstalt Berlin künftig auch für die Schul-Jahnpflege mehr hergeben werde.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Konferenz ersuchte auch das Deutsche Zentralkomitee für Jahnpflege in den Schulen, den Krankenkassen als Grundlage für ihre Beratungen über diese Frage erläuterndes Material zugehen zu lassen.

Es folgte ein Referat des Prof. Dr. A. Pinkus über:

„Die Krebskrankheit und ihre Bekämpfung.“

Krebs hat in neuerer Zeit mehr als jede andere Krankheit zugenommen. In Preußen starben an Krebs in 1903 erst 21 258 Personen, in 1912 schon 30 036. Das weibliche Geschlecht war stets stärker als das männliche beteiligt. Es starben 1903: 9678 männliche, aber 11 580 weibliche Personen, 1912: 13 578 männliche, aber 16 458 weibliche Personen. Krebs war an der Gesamtzahl der Sterbefälle beteiligt 1903 mit 3 Proz., 1912 mit 4,72 Proz., im besonderen bei den männlichen Personen 1903 mit 2,61 Proz., 1912 mit 4,13 Proz., bei den weiblichen Personen 1903 mit 3,43 Proz., 1912 mit 5,35 Proz. Die zunehmende Ausbreitung dieser Volksseuche führte im Jahre 1900 zur Gründung des Deutschen Zentralkomitees für Krebsforschung und Bekämpfung des Krebses. Das wichtigste Mittel der Bekämpfung ist Aufklärung. Die Zentralkommission der Krankenkassen von Berlin und Umgebung erkannte das früh und wirkte schon 1905 mit bei der Verbreitung eines Krebsverzeichnisses. Die Krankenkassen haben in der Tat allen Grund, die Aufklärung über den Krebs zu fördern. Dadurch wird frühzeitiges Erkennen der Krankheit möglich. Die ersten Anzeichen scheinen harmlos und zunächst fehlt das Symptom des Schmerzes, der den Kranken den Arzt zuführen würde. Rechtzeitig einen Arzt aufzusuchen, ist dringend nötig. Es ist besser, daß hundertmal in unbegründeter Sorge ein Arzt konsultiert wird, als daß einmal ein Krebskranker zu spät vor den Arzt kommt. Die Krankenkassen können viel tun durch Ausstellung von Merkblättern, durch Hinweise auf Krebsfälle in ihren Jahresberichten, durch öffentliche Vorträge über Krebs, durch Kurse für Krankenkollektoren. Rechtzeitig erkannter Krebs kann erfolgreich bekämpft werden. In leichten Fällen ist Operation noch immer das kürzeste und billigste Verfahren. Langwieriger und kostspieliger ist die neue Behandlungsweise, die Radiumtherapie. Sie darf, schloß Referent, auch den Krankenkassen nicht als unerschwinglich gelten.

In der Diskussion forderte Dr. Guradze (Vertreter des Statistischen Amtes Berlin), daß mit der Aufklärung über Krebs schon in den Schulen begonnen werde. Stoltenberg-Berlin (Unterstützungsbund der Schneider) bedauerte, daß die Ärzte, wenn Krebs vorliegt, nicht sogleich den Kassen davon Kenntnis geben. Simanowski stellte in Aussicht, daß der Geschäftsführende Ausschuss sich mit der Frage der Radiumbehandlung beschäftigen und eventuell der nächsten Jahreskonferenz Anträge vorlegen wird.

Ein Referat von Dr. O. Kaiserling über:

„Der gegenwärtige Stand der Röntgenologie und deren Bedeutung für die Krankenkassen“

zeigte, was die Röntgentechnik in der Feststellung von Fremdkörpern und Knochenbrüchen sowie von inneren Krankheiten leistet und gab einen Überblick über die Röntgentherapie bei Hautkrankheiten und Erkrankungen tiefer liegender Organe. Zu einer Diskussion kam es nicht.

Der Herausgeber der „Deutschen Krankenkassenzeitung“ H. Sydow referierte über:

„Die Selbstabgabe von den freien Verkehr überlassenen Handverkaufartikeln durch die Krankenkassen.“

Die Fabrikantenverbände haben gegen die Selbstabgabe durch Krankenkassen eine Aktion unternommen. Reichsversicherungsamt und Handelsminister haben ihnen mit glatten Abjagen geantwortet. Es fehlt eine gesetzliche Handhabe, den Krankenkassen diese Betätigung zu verbieten. Auf fruchtbareren Boden fielen die Fabrikantenklagen beim Minister des Innern. Er hielt in der Selbstabgabe durch Krankenkassen die Gefahr, daß schließlich Geschäftsleute die betreffenden Heilmittel überhaupt nicht mehr würden führen wollen. Auf einer geheimen Konferenz von Fabrikanten der in Frage kommenden Branchen, auch von Apothekern samt Druggisten, sind die gegen die Krankenkassen gerichteten Wünsche und Pläne vorgetragen worden. Empfohlen wurde unter anderem, sich an den neuen Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, den Arbeitgeber-Generalkommissar Simon, zu wenden. Auch die Presse — versteht sich: die bürgerliche — will man bearbeiten. Das Reichsversicherungsamt hat bei Krankenkassen angefragt, wie groß bei ihnen die Selbstabgabe ist und wieviel sie dadurch ersparen. Referent teilte ein paar lehrreiche Proben mit. Erspart wurden in 1913 bei der Berliner Buchdrucker-Ortskrankenkasse mit 26 000 Mitgliedern 5672 M., bei der Reutländer Allgemeinen Ortskrankenkasse mit 35 000 Mitgliedern 9379 M. Das müsse den Ministerien und Versicherungs-

ämtern zu denken geben. Die Pflicht gewissenhafter Geschäftsführung erfordere, daß die Kassen an der Selbstabgabe feithalten. Es man etwa den Großverkauf, der z. B. beim Militärstützpunkt und bei Krankenhäusern längst als etwas Selbstverständliches gelte, den Krankenkassen verweigern. Auch die Selbstabgabe könne man ihnen nicht verbieten. Doch solle eine Abgabe über den Kreis der eigenen Kasse hinaus unterbleiben. Andernfalls sei vielleicht doch ein Eingreifen der Behörden zu fürchten. — Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt.

Die Kassen zum Geschäftsführenden Ausschuss wurden vollzogen. Ueber den Ort für die nächste Konferenz wurde noch keine Bestimmung getroffen.

Der Vorsitzende Simanowski schloß die 11. Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg mit der Mahnung, für weiteren Anschluß von Kassen zu werben.

An der Konferenz hatten als Gäste teilgenommen Vertreter des Reichsversicherungsamtes, der Versicherungsämter Pankow, Spandau, Kottbus, des Zentral-Arbeitersekretariats, des Berliner Arbeitersekretariats, des Berliner Statistischen Amtes, des Verbandes der Kassenangehörigen.

Durch Starkstrom getötet.

Fünf Menschen tot.

Bei der Ueberlandzentrale des Brandenburgischen Kreis-Elektrizitätswerkes ereignete sich am Sonntag ein folgenschweres Unglück, dem fünf Menschenleben zum Opfer fielen. An der Grenze des Kronzutes Bornim bei Potsdam wurde kurz nach 2 Uhr ein Starkstromdraht der Ueberlandzentrale schadhaft und riß auseinander; die beiden Drahtenden fielen auf den Boden herab. Bei der Behebung des Schadens wurden vier russische Erntearbeiter und ein Pferdewechel des Gutes Bornim vom elektrischen Strom getroffen und auf der Stelle getötet. Unter den Toten befindet sich der russische Vorarbeiter Apollinaris Wikuterra und der Stallknecht Paul Gange aus Görlitz.

Die elektrische Ueberlandzentrale versorgt in sieben Kreisen der Mark Brandenburg eine Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben mit elektrischer Kraft. Das Kronzute Bornim hat jedoch keine elektrische Betriebsanlage. Unweit des Gutshofes zieht sich die oberirdische Leitung des Elektrizitätswerkes hin. An den Stangen, über die die Drähte geleitet wurden, sind Warnungstafeln angebracht mit den Worten: „Hochspannung — Nicht berühren — Todesgefahr!“ Sonntagmittag nach dem Essen waren die Erntearbeiter auf dem Gutshof versammelt. Wäglich hörten sie einen ziemlich lauten Knall, der aus der Richtung der Leitungsanlage herkam. In demselben Augenblick sahen sie auch eine heftige elektrische Entladung zwischen den beiden abhängenden Enden des gerissenen Drahtes. Der Vorarbeiter Wikuterra eilte mit einem Dutzend Leute zu jener Stelle hin, in der von der in Brand gefetzten Grasnarbe leichte Rauchwolken aufstiegen. Nach dem Bericht der Geretteten soll Wikuterra die Leute gewarnt haben, den Draht zu berühren. Von anderer Seite wird behauptet, daß gerade die Leute aufgefordert haben soll, die beiden Enden des herabgefallenen Drahtes wieder zusammenzubringen. Jedenfalls machten sich die Arbeiter daran, den Schaden auszubessern. Der Draht wurde an beiden Enden emporgehoben, und als die Leute eine instabile Verbindung wiederhergestellt hatten, trat die unvermeidliche Katastrophe ein.

Im nächsten Augenblick lagen zwölf Personen regungslos auf dem Erdboden. Der Vorgang wurde sofort dem Gutsvorstand gemeldet, der den Arzt Dr. Rollenius in Bornim benachrichtigte. Auch die freiwillige Sanitätskolonne von Bornim-Bornhördt wurde sofort alarmiert. Schon kurze Zeit nach der Katastrophe trafen Dr. Rollenius und die Rettungsmannschaften in Automobilen auf der Unfallstelle ein. Bei fünf Personen blieben die sofort vorgenommenen Wiederbelebungsbemühungen vergeblich. Die durch den Starkstrom Getöteten zeigten die charakteristischen Verbrennungsmarkmalen des elektrischen Stromes am Körper. Bei zwei von den fünf anderen Arbeitern, die gerettet werden konnten, mußten die Wiederbelebungsbemühungen drei Stunden lang fortgesetzt werden, ehe sie Erfolg hatten.

Ein weiterer Bericht belagt: Von sachverständiger Seite wird der Bruch des Drahtes auf Witterungseinflüsse zurückgeführt. Es wird angenommen, daß infolge der letzten Unwetter ein zunächst winziger Sprung oder Riß in dem Draht entstanden ist, der sich dann weitergestreut hat und schließlich zur Zerreißung der Leitung führte. Jedenfalls ist dieser Defekt der Stromleitung erst in allerletzter Zeit zutage getreten, denn noch vor drei Tagen ist die nach dem Gute Bornim führende Leitung von einem Beamten des Elektrizitätswerkes untersucht worden, ohne daß ein Mangel hätte entdeckt werden können. Nach den bisherigen Ermittlungen wird die Katastrophe auf die Unkenntnis der Verunglückten zurückgeführt. Der zur Erde gefallene Endteil der Leitung hatte von dem Augenblick an, als er den Boden berührte, keinesfalls mehr eine solche Stromstärke, daß ein Mensch hätte getötet werden können. Die Arbeiter, die die Gefährlichkeit ihres Vorgehens nicht kannten, mußten unbedingt mit dem herabgefallenen Leitungsdraht an den Draht der Hochleitung, die eine Stromstärke von 15 000 Volt hat, herankommen sein oder einer der Arbeiter muß den Draht der Starkstromleitung berührt haben. Näher den fünf auf der Stelle Getöteten sind fünf Arbeiter und eine Arbeiterin verletzt worden. Zwei der Verunglückten gaben nur noch schwache Lebenszeichen von sich, während die übrigen vier Personen glimpflicher davongekommen waren. Der nach kürzester Zeit auf der Unfallstelle anwesende Bornimer Arzt Dr. Rollenius stellte gemeinsam mit mehreren von ihm ausgebildeten und geleiteten Sanitätsmannschaften Wiederbelebungsbemühungen an, die bei den beiden schwerer Verletzten Männern erst nach mehreren Stunden von Erfolg gekrönt waren. Alle Verletzten wurden nach ihrer Behandlung gebracht und dort belassen. Im Laufe der Nacht hat sich das Befinden der sechs Verunglückten erheblich gebessert. Drei Arbeiter und das junge Mädchen sind vollständig wiederhergestellt und können schon heute ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die beiden schwerer Verletzten Arbeiter müssen allerdings noch das Bett hüten, befinden sich aber außer Lebensgefahr. Die Namen der sechs Verletzten waren bisher nicht zu ermitteln, angeblich sollen sie zum Teil selbst der Verwaltung des Gutes Bornim nicht bekannt sein. Es handelt sich ausschließlich um russische Staatsangehörige, die erst seit kurzer Zeit auf dem Gute beschäftigt wurden. — Die defekte Leitung ist bereits wieder betriebsfertig hergestellt.

Parteiangelegenheiten.

1. Wahlkreis, 3. Abteilung. Der Jahlabend findet jetzt im Restaurant Schmidt, Am Zirkus 10, statt.

Vierte Wahlkreis. Gemeinschaftliche Jahlabende finden statt: 5. Abteilung im Lokal Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147, Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen J. Zubeil über: „Der politische Massenstreik“. 13. Abteilung im Lokal Süd-Ost, Waldenstraße 75. 20. Abteilung in den Lunajalen, Neue Königsstraße 7: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, 2. Verschiedenes. 25. Abteilung in den Comeniusjalen, Memeler Straße 67: Vortrag des Genossen A. Feuner über: „Freunde ringsum“. 30. Abteilung in den Prachtjalen des Opiens, Frankfurter Allee 151, Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen A. Stadthagen über: „Von unten auf“. 42. Abteilung im kleinen Saal der Brauerei Friedrichstein, Vortrag des Genossen K. Klingler.

5. Wahlkreis. 1a. Abteilung. Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr: Gemeinsamer Jahlabend in den Unionsfestjalen, Greifswalder Str. 222. 1. Vortrag des Genossen Busch über: „Die Justiz im Dienste der Politik.“ 2. Berichte.

3. Abteilung. Mittwoch, den 8. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, bei Konrad, Reibelstr. 39: Gemeinsamer Jahlabend. Vortrag des Genossen Richard Barth über: „Die gelbe Bewegung.“

6. Wahlkreis. Heute findet in Ballschmieders „Kastanienwäldchen“ abends 8 1/2 Uhr eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour spricht über: „Imperialismus und Kolonialpolitik“.

Charlottenburg. Die 1. Gruppe hält am Mittwoch, den 8. Juli, einen gemeinsamen Jahlabend im Restaurant Kohtrappe, Spandauer Berg, ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dr. Freund: Feuerbestattung.

In dem gemeinsamen Jahlabend der 8. Gruppe bei Ahrens, Ansbacher Straße 11, spricht Genosse D. D. D. über: Warum wollen wir den Generalstreik?

Berlin-Schöneberg. Die Funktionärsitzung findet umständehalber heute bei Ehrlich, Reiningen Str. 8, statt. Vortrag des Genossen Alb. Gebrle.

Vorsigwalde-Wittenau. Zu dem am Donnerstag, den 9. Juli, stattfindenden Lichtbildervortrag „Aus russischen Kerlern“ findet heute Dienstag Handzettelverteilung von den bekannten Stellen statt.

Zegel. Donnerstag, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung mit Lichtbildervortrag: Aus russischen Kerlern, in Trapps Festjalen, Zegel, Bahnhofstr. 1. Willkomm in folgenden Geschäften zu haben: In Zegel: Restaurant Rudolf Müller, Restaurant Karl Messermecht und Barbier Karl Fide; in Vorsigwalde: Expediteur Kienast.

Reinickendorf-West. Mittwoch gemeinsame Jahlabende in folgenden Lokalen: 1. 2. 3. Bezirk bei Lange, Eichhornstr. 49; 4. 5. 6. Bezirk bei Wicher, Schanweber, Ede Antonienstraße; 7. 8. 9. 10. Bezirk bei Liming, Schanweber, Ede Schillingstraße; 11. Bezirk bei Madtke, Auguste-Viktoria-Allee, Ede Verliner Straße.

Reis-Buckow. Der Jahlabend fällt aus, da an dem Tage die außerordentliche Generalversammlung bei Demnuid, Rudower Str. 64, stattfindet. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 3. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 4. Verschiedenes.

Die Abstimmung über die Bildung eines Wahlrechtslampfonds findet ebenfalls in der Generalversammlung statt.

Johannisthal. Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“-Saal: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, 2. Diskussion und Abstimmung über den Wahlrechtslampfonds.

Hohen-Schönhausen. Heute abends 8 Uhr findet im Lokal J. Rehber, Berliner Str. 98, der Frauenabend statt. Referentin: Genossin Demming. — Mittwoch, den 8. d. Mts.: Gemeinsamer Jahlabend der Bezirke bei J. Rehber, Berliner Straße 98. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Kassenbericht, Verschiedenes.

Mariendorf. Am Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, findet ein gemeinsamer Jahlabend im Restaurant Siechert, Tempelhofer Straße (am Bahnhof Mariendorf) statt.

Sokolnitsch. Mittwoch, den 8. Juli, 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Lokal von Balofzer. Tagesordnung: Kassenbericht. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Lebensgefährliche Verkehrszustände.

Die tödlichen Unglücksfälle, die sich kurz hintereinander an der Invalidenstrasse-Chausseestraße ereignete und wobei zwei Menschen in die dortige Baugrube der Nord-Südbahn stürzten und den Tod fanden, lenken die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Sicherheitsvorrichtungen, die bei diesen großen Bauten für das Publikum vorhanden sind, oder besser gesagt, nicht vorhanden sind.

Unseres Erachtens wird bei diesen Bauausführungen viel zu wenig Rücksicht auf das Publikum genommen. Schon die offene Baugrube bildet eine ständige Gefahr. Da genügt es nicht, daß abends oder in der Nacht eine Laterne neben dem ominösen Schild: „Gesperrt!“ aufgehängt wird. Mindestens müßten an verschiedenen Stellen Wächter postiert werden, welche das Publikum auf die Gefahr aufmerksam machen. Dann aber müßte für passierbare Wege gesorgt werden. Deute wird die Passage selbst auf dem Bürgersteig noch mit Brettern, Steinen und Arbeitsmaterialien beengt. Diese Versteinerung kann man jetzt auch in der Brunnenstraße beobachten beim Bau der Schnellbahn der A. E. G. Gesundbrunnen-Reutölln. Um in offener Baugrube arbeiten zu können, ist der Bürgersteig erheblich verschmälert worden, die Bäume in der Brunnenstraße sind schon zum großen Teil der Art zum Opfer gefallen. Trotz der breiten Brunnenstraße ist der Verkehr zwischen Klagen- und Demminerstraße außerordentlich beeinträchtigt. Selbst der knappe Straßenbahnkörper wird durch den Transport von Arbeitsmaterialien noch in Anspruch genommen und hindert sowohl Straßenbahn, die übrigen Fuhrwerke, sowie den Fußgängerverkehr.

Es erhebt sich die Frage: Wozu das alles so sein? Wir antworten mit einem glatten Nein!

Bei einigermaßen gutem Willen läßt sich der Wagen- und Fußgängerverkehr besser und sicherer regeln, als das heute der Fall ist. Der Firma Berger, welche die Arbeiten in der Chausseestraße ausführt, sollte sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie mit der Ausführung der Bauarbeiten auch Vorsichtsmaßnahmen für Sicherheit und Gesundheit des Publikums zu treffen hat. Da darf der Kostenpunkt keine Rolle spielen. Und darauf kommt es an. Wir rufen nicht nach Polizei. Wenn aber irgendwo ein Streifen ausbricht, findet sich die Polizei umgehend ein, um die Streifenposten als „Verkehrshindernis“ anzusehen und ihre sofortige Beseitigung durch Eisterung nach der Polizeiwache vorzunehmen. Hier aber läßt man alles seinen Gang gehen. Wieviel Menschen sollen sich hier noch das Genick brechen?

Nicht viel besser dürfte sich die Bauausführung der A. G. - Bahn gestalten. Die Bauweise der offenen Baugrube dürfte sich höchstens bis zur Anklamer Straße durchführen lassen, dann muß doch eine andere Arbeitsweise eintreten. Das könnte schon jetzt der Fall sein. Aber in offener Baugrube arbeiten, aus der die Wagen die Erdmassen sofort herausfahren können, ist billiger. Und das erklärt alles!

Es muß im Interesse der öffentlichen Sicherheit von den Aufsichtsbehörden verlangt werden, daß Maßnahmen getroffen werden, welche geeignet sind, Leben und Gesundheit unserer Bürger bei den großen Bauausführungen genügend zu schützen.

### Ungültige Wahlen.

Die Ortskrankenkasse der Wäschefabrikation zu Berlin hatte die Vertreterwahlen in zwei Gruppen vornehmen lassen, und zwar wählen in der Gruppe A alle männlichen Mitglieder, während für die Gruppe B alle weiblichen Kassennmitglieder in Betracht gezogen wurden.

Es wurde nun von den Kassennmitgliedern je eine Vorschlagsliste für die Gruppen A und B eingereicht.

Die Gruppe A hatte 8 Vertreter und 6 Ersatzmänner, die Gruppe B 57 Vertreter und 114 Ersatzmänner zu wählen. Für die Gruppe B, die ausschließlich weibliche Mitglieder umfaßt, wurden in einem Wahlvorschlag 15 männliche Mitglieder als Vertreter in Vorschlag gebracht. Da nach Meinung des Vorstandes nur weibliche Kassennmitglieder in der Gruppe B gewählt werden dürfen, so erklärte er den Vorschlag der 15 männlichen Mitglieder für ungültig.

Gegen diese Entscheidung des Vorstandes wurde Beschwerde beim Versicherungsamt der Stadt Berlin erhoben und gestützt auf den § 334 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung darauf hingewiesen, daß nach Bezirken oder Berufsgruppen gewählt werden kann. Die Zugehörigkeit zum männlichen oder weiblichen Geschlecht bilde aber keinen Beruf und ebenso wenig einen Bezirk. Das Versicherungsamt der Stadt Berlin hat sich der Begründung dieser Beschwerde angeschlossen und betont in seiner Entscheidung:

Gemäß § 334 Abs. 2 ist eine Gruppenbildung nur nach Bezirken oder Berufen zulässig. Die Bestimmung im § 61 der Kassensatzung läuft demnach gesetzlichen Vorschriften zuwider und ist gemäß § 333 ungültig. Die Vornahme einer Wahl nach dieser Bestimmung der Satzung ist daher unzulässig.

Auch die Streichung der männlichen Versicherten aus der Wahlvorschlagsliste B der weiblichen Versicherten entspricht nicht dem Gesetz. Die von der Kasse vertretene Ansicht ist irrig. Das passive Wahlrecht ist nicht auf die Angehörigen der betreffenden Gruppe beschränkt. Gemäß § 333 der Reichsversicherungsordnung sind die Vertreter ohne jede Einschränkung aus den Reihen der Versicherten zu wählen. Die Beschränkung des passiven Wahlrechts auf die Angehörigen der einzelnen Gruppen hat der Gesetzgeber nicht beabsichtigt. Die Gruppenbildung kann vielmehr nur den Zweck haben, auch Minderheiten bei der Wahl zur Geltung zu bringen, ohne jedoch die Vertretung der Minderheiten auf ihre Gruppe zu beschränken. Den diesbezüglichen Ausführungen des Beschwerdeführers ist beizupflichten.

Des weiteren war in der Beschwerde gerügt, daß hausgewerblich Beschäftigte zur Wahl zugelassen seien. Demgegenüber hatte die Kasse geltend gemacht, daß diese hausgewerblich Beschäftigten von dem Recht des Artikels 29 des Einführungsgesetzes der Reichsversicherungsordnung Gebrauch gemacht hätten und mithin zur Wahl zugelassen werden müßten.

Diesen Einwand hat das Versicherungsamt als begründet erachtet. Die gerügte Ungültigkeit der Wahllokalfaktoren ist vom Versicherungsamt nicht als begründet anerkannt worden, weil aus der Zeugenerhebung sich ergeben habe, daß zwar eine Anzahl Wähler vor Beendigung der Wahlzeit fortgegangen seien, weil sie in dem Glauben waren, daß sie doch nicht mehr zur Wahl zugelassen würden.

Diese Annahme sei indes nicht begründet und könne lediglich der Umstand, daß das Wahllokal zeitweise überfüllt gewesen sei, nicht als genügender Grund angesehen werden, um die Wahl zu lossieren.

Dagegen hat die Krankenkasse eine Reihe freiwillig Versicherter nicht mehr als Mitglieder anerkannt, obwohl diese Personen in einem versicherungspflichtigen Dienstverhältnis nicht standen. In diesem Punkte ist der Ortskrankenkasse ebenfalls unrecht gegeben und hat das Versicherungsamt dahin entschieden, daß die Wahlen für ungültig erklärt werden und die Ortskrankenkasse ein Mitglied zu unrecht aus der Liste der Mitglieder gestrichen habe.

Es müssen daher in nächster Zeit Neuwahlen stattfinden und darf wohl erwartet werden, daß nunmehr der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation sich daran gewöhnt, bei den Wahlen die Gesetze zu beachten.

Es mag ihm ja angenehm sein, wenn er einen Einfluß auf die Zusammensetzung des Ausschusses hat, aber dieser Einfluß darf sich doch nicht in der hier vorliegenden Form bemerkbar machen.

Da das Vorgehen des Vorstandes ungesetzlich gewesen ist, darf wohl erwartet werden, daß der Vorstand eine schnelle Neuwahl anordnet, um eine ordnungsmäßige Vertretung der Mitglieder in der Krankenkasse Platz greifen zu lassen.

### Heberfall in einem Hotel.

In der Sonntagnacht wurde der Professor A. Streit aus Wien, der in einem Hotel in der Mittelstraße abgestiegen war, in seinem Zimmer von dem in dem Hotel beschäftigten Hausdiener Ludwig Sellisch aus Wien im Schlaf überfallen und durch Schläge mit einem Gummimäppl schwer verletzt. Der Täter hatte sich während der Abwesenheit des Gastes in einem zu dessen Zimmer gehörenden Toilettenraum versteckt und war dann, nachdem sich der Gast zur Ruhe begeben hatte, über ihn hergefallen. Ein Schutzmann brachte den Verletzten nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus, wo mehrere schwere Kopfverletzungen festgestellt wurden. Der Hausdiener war, als auf die Hilfeleistung Hauspersonal und Gäste herbeieilten, an dem Witzableiter auf den Hof hinabgeglitten und hatte sich im Keller versteckt, wo er festgenommen wurde. Er hat die Tat angeblich aus Rache vollführt, weil der Hotelgast sich seiner gleichfalls in dem Hotel als Zimmermädchen beschäftigten Cousine genähert haben soll.

### Ein Mordanschlag, aber kein Mordversuch.

Gestern berichteten wir über einen angeblichen Mordversuch gegen den Musikdirektor Theodor Schmidt aus Oranienburg, den dessen Braut verübt haben sollte. Die Polizei hat nun inzwischen festgestellt, daß es sich nicht um den Musikdirektor, sondern um einen entfernten Verwandten desselben, Eugen Schmidt, handelt. Auch liegt kein Mordversuch, sondern Alkoholvergiftung vor.

### Eine neue Revolvergeschichte.

Der 22jährige Friseur Rominski belästigte in lässlicher Weise mehrere Prostituierte an der Ecke der Webner und Landsberger Straße, bis zwei der Mädchen über ihn herfielen und ihn verprügelten. A. ging während noch Hause und holte sich zwei Revolver. Wieder wurde er gegen ein Mädchen tödlich und als dieses sich wehrte, gab er drei Schüsse auf das Mädchen ab, ohne zu treffen. Passanten und Schutzleute kamen hinzu und nahmen die Verfolgung des Miebenden ab. Auf seine Verfolger gab er nochmals drei Schüsse ab, ohne größeres Wahrschein damit anzurichten. Er wurde dann eingeholt und bewußtlos.

Um 22.000 Mark betrogen worden ist, wie gestern entdect wurde, die Bau- und Kuchholzhandlung Cassirer Söhne in der Gieselerstraße zu Charlottenburg von einem ungeratenen An-

gestellten. Wie sich jetzt herausgestellt hat, hat der 27 Jahre alte Buchhalter Georg Eliasohn, der in der Kraußstraße in Friedenau wohnte, im Laufe der letzten Zeit durch Scheckfälschungen über 10.000 M. unterschlagen und gestern noch auf einem gefälschten Scheck 10.500 M. erhoben und ist dann flüchtig geworden. Er wird jetzt die Hälfte mit einem Zigarrenhändler Wilhelm Hay, der als Junggefelle von 81 Jahren ein Geschäft in der Kollnbuschstr. 30 betreibt und der Helfershelfer des Buchhalters war, von der Kriminalpolizei gesucht. Eliasohn, der kinderlos verheiratet ist, war schon seit sieben Jahren bei Cassirer Söhne beschäftigt. Als Weiter bekam er Rührung mit dem Zigarrenhändler Hay und setzte mit diesem hohe Summen. Da er selbst nicht über genügende Vermittel verfügte, wählte er sich solches zu verschaffen, indem er Schecks, die an Lieferanten gerichtet waren, an Hay adressierte. Diesen Fälschungen kam man jetzt auf die Spur. Ehe sie jedoch vollständig aufgedeckt waren, erfuhr Eliasohn davon und jetzt eignete er sich schnell ein Scheckformular an, fälschte es mit der Unterschrift der Geschäftsinhaber und hob darauf 10.500 M. bei der Commerz- und Discontobank ab. Seiner Frau hatte er versprochen, mit ihr eine gemeinsame Scheckpartie zu machen. Als er sich aber nicht bliden ließ, ging diese zum Chef, um sich Aufklärung zu verschaffen und jetzt stellte sich heraus, daß Eliasohn die Flucht ergriffen hatte. Hay hatte es schon vergebens, vor einigen Tagen seinen Laden zu schließen und das Weite zu suchen.

### Gefentert.

Sonntagabend gegen 8 Uhr kenterte infolge einer Gewitterboe hinter Tornow auf der Habel die Segelgalt M. Während es zwei Herren gelang, sich zu retten, ist der dritte Herr, ein gewisser Hans Kemper, circa 25 Jahre alt, aus Steglitz, ertrunken.

### Aus dem Fenster gestürzt.

Ein bedauerlicher schwerer Unglücksfall hat sich am Montag nachmittag in dem Hause Dunderstraße 77 ereignet. Die Frau des dort wohnenden Arbeiters Eckert hatte für kurze Zeit ihren dreijährigen Sohn Willy in der Küche allein lassen müssen. Während der Abwesenheit der Mutter kletterte der kleine auf einen an dem offenen Fenster stehenden Stuhl und beugte sich auf einen Jurus von unten soweit hinaus, daß er das Gleichgewicht verlor und auf den gepflasterten Hof stürzte. Der Junge erlitt einen schweren Schädelbruch und Rippenbrüche und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am gestrigen Morgen auf dem Flugplatz Johannisthal ab. Dort war gegen 7 Uhr der Leutnant zur See Eder mit einem L. V. G.-Doppeldecker zu einem Schulfluge aufgestiegen und befand sich in etwa 60 Meter Höhe, als plötzlich ein Zylinder des R. A. G. Motors abfiel. Der Zylinder durchschlug den Benzinbehälter, und das austretende Benzin entzündete sich. Der Flieger, der den Vorfall beobachtet hatte, gab sofort Tiefsteuer und ging in steilem Gleitfluge zu Boden, wo er die brennende Maschine glatt aufsetzte. Kaum hatte der Offizier das Flugzeug verlassen, als es vollständig in Flammen aufging und ganz zerstört wurde. Der Flieger selbst kam ohne Verletzungen davon.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren wurde in der Nacht zum Sonntag gegen 1 1/2 Uhr ein unbekannter Mann in der Nordstraße. Er geriet vor dem Hause Nr. 15 unter einen Straßenbahnwagen und wurde schwer verletzt nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Seine Persönlichkeit vermochte er hier noch nicht anzugeben. Der Unbekannte ist etwa 30-40 Jahre alt, hat blondes Haar und ebensolchen Schnurrbart und trug ein leinwandenes, dunkelgestreiftes Jackett, eine dunkle Hose (Weste und Salzmuster), einen schwarzen, heißen Hut und Jagstiefel.

Verloren. Eine „Vorwärts“-austrägerin verlor am Sonntagvormittag im Hause Razarathstraße 51 ihr Portemonnaie mit 45 M. Inhalt. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieses bei Siegmund, Klaustrasse 6, unter Seitenflügel IV, abzugeben.

## Dorortnachrichten.

### Aerztestreif

#### bei der Niederbarnimer Ortskrankenkasse.

Gestern haben circa 120 Aerzte der obigen Kasse ihre Tätigkeit für dieselbe eingestellt, so daß die Kranken sich jetzt als Privatpatienten behandeln lassen müssen und die Kasse die verauslagten Beträge in dringenden Fällen zurückerstattet muß.

Die Verwaltung der Ortskrankenkasse erklärt zu dem Konflikt: „Im Kreise Niederbarnim war die ärztliche Versorgung seit dem 1. Januar 1914 durch vorläufigen Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung im Kreise Niederbarnim geregelt worden. Nach diesem Abkommen zahlt die Kasse vierteljährlich 80.000 M. an die Kassenärztliche Vereinigung mit der Maßgabe, daß die Bedingungen des endgültig abzuschließenden Vertrages mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1914 zur Anwendung kommen sollen. Seitens der Kassenärztlichen Vereinigung wurde kurz vor Ablauf des Interimsstillstands die Forderung aufgestellt, die Abschlagszahlung von 80.000 M. auf 120.000 M., also um 50 Proz. zu erhöhen. Dieser Forderung konnte bei der jetzigen Mitgliederzahl unmöglich entsprochen werden. Die Kasse war dagegen bereit, das Interimsstillstand unter den bisherigen Bedingungen bis zum 30. September 1914 zu verlängern. Nach Mitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung wurde die Forderung nur gefordert, um einen Druck zum schnelleren Abschluß des Vertrages auszuüben. Nun steht es aber gar nicht im Machtbereich der Kasse, den endgültigen Vertragsabschluss herbeizuführen. Hierfür sind maßgebend die Bestimmungen des Berliner Abkommens vom 23. Dezember 1913. Nach diesem ist der Abschluß des Vertrages an einen Ausschuss, der von den im Register eingetragenen Aerzten und Kassenvertretern gebildet wird, überwiesen. Die Vorarbeiten zur Konstituierung dieses Ausschusses liegen dem Versicherungsamte ob und sind nahezu beendet. Die Kasse hat sich stets streng an die Bestimmung des Berliner Abkommens gehalten. Es kann nur lebhaft bedauert werden, daß die Aerztestreife dies nicht anzuerkennen scheint und den im Januar hergestellten Frieden ohne jeden ersichtlichen Grund brechen will. Von der Einsicht der überwiegenden Anzahl der Aerzte des Kreises ist wohl zu erwarten, daß sie den irreführenden Bestrebungen einzelner Mitglieder nicht folgen wird.“

Bedauerlich ist, daß die Kranken die Leidtragenden sind, denn die Aerzte lehnen es ab, kranke Kassennmitglieder in Behandlung zu nehmen.

### Charlottenburg.

Das städtische Fürsorgeamt für Lungentranke macht auf seine Bestrebungen aufmerksam und erzieht sich, der hiesigen Einwohnererschaft in allen Tuberkulosefragen behilflich zu sein, um diese große Seuche einzudämmen. Die Untersuchung derjenigen, welche glauben, mit dieser Krankheit behaftet zu sein, geschieht unentgeltlich, eine Behandlung der Kranken wird aber nicht übernommen. Die Sprechstunden finden im Cecilienhaus, Berliner Straße 137, täglich von 10 1/2 bis 1 Uhr statt, und zwar für Männer Montags und Donnerstags, für Frauen Dienstags und Freitags und für Kinder Mittwochs und Sonnabends.

Zur Bekämpfung von Desinfektionen durch die Charlottenburger städtische Desinfektionsanstalt (Amt Wilhelm 427) empfiehlt es sich stets, die Anstalt um Vornahme der Desinfektionen unmittelbar zu ersuchen, ohne die polizeiliche Anzeige bei

dieser abzuwarten. Es wird dadurch viel an Zeit gespart, was im Interesse der Angehörigen der Kranken bezw. des Tozeln liegt. Die polizeiliche Mitteilung dient der Anstalt nur zur Registrierung oder Nichtfestsetzung von Gebühren je nach der Art der gemeldeten Erkrankung.

### Neuföln.

Aus der Magistratsitzung. Dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni 1914 über die Beteiligung an der A.-G. Norddeutsche Kabelwerke tritt der Magistrat genehmigend bei. — Dem Vertragsentwurf mit der Firma C. u. G. Müller wegen Erwerb des Fabrikgrundstückes an der Köllnischen Allee wird zustimmend. — Die Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten für das städtische Krankenhaus gemäß den Beschlüssen der städtischen Körperschaften soll vom 1. Juli ds. Js. ab mit der Maßgabe in Kraft gesetzt werden, daß für die vor diesem Zeitpunkte in das Krankenhaus aufgenommenen Patienten der frühere Kurkostenbeitrag von 3 M. auf die Dauer der von den Krankenkassen usw. übernommenen Verpflichtungszeit gilt. Verbleiben die Patienten über diese Verpflichtungszeit hinaus im Krankenhaus, so soll für die späteren Fristen der Verpflegungsbeitrag von 3,50 M. zur Anwendung kommen. — Die Abhaltung eines Kurkurs im städtischen Krankenhaus über erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen für Turnlehrer und Lehrkräften an den höheren Schulen und Mittelschulen wird bewilligt. — Der Magistrat erklärt sich damit einverstanden, daß die städtische Gartenverwaltung im September dieses Jahres in die von dem Gärtnermeister Wendt ererbte Gärtnerei an der Köllnischen Allee übersteht. — Die für den Stadtverordneten-Schuh im 5. Bezirk der III. Wählerabteilung vorzunehmende Stadtverordnetenwahl wird auf Sonntag, den 2. August d. J., von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends, festgesetzt und soll in der Turnhalle der 1. Mädchen-Mittelschule, Donaustr. 120/7, abgehalten werden. — Bei Aufstellung der diesjährigen Stadtverordneten-Wählerliste sollen gemäß der Entscheidung des Königlich Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 27. Oktober 1913 in Sachen des Buchdruckers Max Hoff wieder die Stadtverordnetenversammlung Neuföln die Steuern derjenigen Kinderjährigen berücksichtigt werden, die sich im Haushalte des Vaters befinden.

### Reinickendorf-Ost.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl wurde der Genosse Lorenz mit 412 Stimmen gewählt.

### Schöneberg.

Städtischer Seefischverkauf. Der Magistrat ersucht um mitzuteilen, daß entgegen vielfacher Auffassung der städtische Seefischverkauf nicht eingestellt ist, sondern täglich von 8-1 und von 4-8 Uhr in der Seefischhalle, Feuerstraße 4, und am Wannseebahnhof Friedenau, Bahnhofstraße 2, stattfindet. Jeden Tag erfolgen frische Zufuhren von Seefischen.

### Tempelhof.

Verienausflug. Die Treffpunkte für den am Donnerstag, den 9. Juli nach Treptow stattfindenden Ausflug befinden sich: Kreuzung der Dorf- mit Berlinerstraße und Friedrich-Wilhelm- mit Berliner Straße. Abmarsch pünktlich 2 Uhr nachmittags. Fahrgehalt 20 Pf. Kinder unter zehn Jahren 10 Pf.

Am Dienstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, findet bei Weder, Berliner Str. 80/81, eine Zusammenkunft der Kinderspielleiterinnen statt. Alle Frauen, die noch mithelfen wollen, sind eingeladen.

### Wannsee.

Die Gemeindevertreterwahl beschloß den Bau einer neuen Straße (Verlängerung Große Seestraße), die noch in diesem Jahr verlängert werden soll. Dann wurden 1000 M. bewilligt für Anlegung eines Schmuckplatzes in der Widmarstraße, gegenüber Kleists Grab. Die Vergütung der Arbeiten soll öffentlich ausgeschrieben werden. Ein Antrag des Vereins „Waisenhilf“, eine Ortsgruppe in Wannsee zu errichten, wurde abgelehnt. Mitgeteilt wurde noch, daß auch der Landrat der Gartenstadtgesellschaft die Genehmigung verfügt hat, in Steinbäcken circa 70 Einfamilienhäuser zu errichten, und zwar aus denselben Gründen, die schon früher der Gemeinde gegenüber geltend gemacht wurden.

### Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Donnerstag, den 9. Juli: Vortrag im Jugendheim.

Sonntag, den 12. Juli: Spielpartie nach Pflaßberge. Abmarsch früh 8 Uhr vom Sophie-Charlotten-Platz.

Pantow-Niederbarnimer. Da das Jugendheim wegen Renovierung und Umbauten bis zum 15. August geschlossen bleibt, so finden als Ersatz dafür für die Jugendlichen Spiele im Freien statt, und zwar Mittwoch und Freitag in der Kissingenstraße neben dem Amtsgericht, und Montag und Donnerstag in der Schöndorfer Heide. Treffpunkt für letzteren Platz abends 7 Uhr Spandauer Straße, Ecke Schulstraße. Beginn der Spiele 7 Uhr. Die Arbeiterkassen werden ersucht, ihre der Schule entwohnenen Kinder diesen Spielabenden zuzuführen.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Vorhölz-Wittenau. Heute nachmittags 5 Uhr. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

### Witterungsübersicht vom 6. Juli 1914.

Stationen	Barometer hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometer hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Emmende.	759	S	3	bedeckt	20	Paparranda	769	SW	1	wolkig	24
Hamburg.	757	SW	3	bedeckt	16	Petersburg	768	O	1	Dunst	19
Berlin.	759	SW	3	wolkig	19	St. Petersburg	757	SW	3	wolkig	12
Frankf. a. M.	759	SW	3	bed. dd.	17	Aberdeen	752	SW	3	bedeckt	12
München.	760	O	2	wolkig	17	Paris	759	SW	3	bedeckt	14
Wien.	760	SW	2	wolkig	19						

Wetterprognose für Dienstag, den 7. Juli 1914. Ziemlich warm und schwül, vielwolkeiger, aber noch veränderlich bei überwiegen westlichen Winden und etwas Regen zu erwarten. Berliner Wetterbulletin.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Mittwochmittag: Überall etwas wärmer. Im Küstengebiet und im östlichen Binnenlande meist heiler und nur flüchtige Gewitter. Im Südwesten vielwolkeiger und verschiedne Gewitter.

Unserem Genossen  
**Karl Behrend und Frau**  
zur Silberhochzeit  
die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Genossen 26315  
der Bezirke 716 und 719.

**Radfahrerkarten  
Wanderkarten**  
hält stets vorrätig  
Buchhandlung Vorwärts  
Ladenstr. 69 (Caden)

Berlin SO. 16.  
**H. & P. Uder,** Engel-Ufer 5.  
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.  
Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.  
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.  
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma  
**F. J. Burrus St. Kreuz**  
Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.  
Jahresproduktion über 5.000.000 Pfd. Rauchtabelle.  
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.  
Inferatenteil veranlagt: Th. Glode, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.